

Armut grenzt aus ...

Wir tun etwas dagegen!



www.sozialzentrale.de
Ihr Treffpunkt im Internet für alle sozialen Themen

**Bundesministerium
für Arbeit und Soziales**

Bürgertelefon

Montag bis Donnerstag 8-20 Uhr

Rente

01805 6767-10

Unfallversicherung/Ehrenamt

01805 6767-11

Arbeitsmarktpolitik und -förderung

01805 6767-12

Arbeitsrecht

01805 6767-13

Teilzeit/Altersteilzeit/Minijobs

01805 6767-14

Infos für behinderte Menschen

01805 6767-15

Ausbildungsförderung/-bonus

01805 6767-18

Europäischer Sozialfonds

01805 6767-19

Mitarbeiterkapitalbeteiligung

01805 6767-20

Bildungspaket

01805 6767-21

Gehörlosen/Hörgeschädigtenservice

E-Mail info.gehoerlos@bmas.bund.de

Gebärdentelefon gebaerdentelefon@sip.bmas.buergerservice-bund.de

Schreibtelefon 01805 6767-16 Fax 01805 6767-17



Festpreis 14 Cent/Min. aus den Festnetzen und max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

<http://www.bmas.de> | info@bmas.bund.de

Editorial 3

Thema

Armut grenzt aus... Wir tun etwas dagegen!

Damit der Magen nicht knurrt...	5
Praktische Hilfe und Lobbyarbeit	7
Armut ist gepaart mit Perspektivlosigkeit	8
Barrierefrei + bezahlbar = selten	10
Aus der Selbsthilfegruppe ist ein wichtiges Stadtteil-Zentrum geworden	12
Mobile Tafel bringt das Essen ins Haus	14
Vor dem Schlafen Schafe zählen	16
Jugendfarmen sind integrative Orte	17
„Ich habe noch eine Chance“	18
Der Job im Supermarkt öffnet Türen	20
Das Ziel: reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeit	20
„Modell eines sozialen Arbeitsmarkts“	21
Appetit auf Kunst gemacht	22
Gesellschaftlicher Ausgrenzung begegnen	23
Ständige Angst ist ein Risiko für Mutter und Kind	25
Eine gute Basis fürs Aufwachsen schaffen	26

Verbandsrundschau

„Profis für die Kita“ gesucht	27
www.vielfalt-mann.de	27
Niedersachsen: Spanning ist neuer Vorsitzender	27
„Gleich und doch verschieden“	28
Selbstverständlich ein Paritätler...	
Zum Tod von Horst Hüther	29
Kurzfilme zum Persönlichen Budget	30
Mit Wohlfahrtsmarken Gutes tun	30
Gesamtverband jetzt auch bei Facebook	30
Demographie-Netzwerk	30
„Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen“	30

Sozialpolitik

Pflegereform– sofort und richtig!	31
Protest gegen Abschiebegefängnis	32
Infos für Ausländer	32
BFD-Kontingente stehen fest	32

Forum

Qualifizierung und Förderung für Menschen mit Suchterkrankungen	33
Konferenzbericht: Alternativen zur Psychiatrie	33
Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen	33
Das besondere Produkt: Ein eigenes Reich auf Rädern	33

hören & sehen	34
Buchbesprechung Impressum	35
was · wann · wo	36



Foto: Bernd Schüller



Foto: Ulrike Bauer



Foto: Brücke Schleswig-Holstein gGmbH

Dr. Eberhard Jüttner,
Vorsitzender des
Paritätischen
Gesamtverbands



Liebe Leserinnen und Leser,

in Armut leben zu müssen ist ein Schicksal, das man niemandem wünscht. Schlimm genug ist, dass Armut in viel zu vielen Ländern unserer Erde den Lebensalltag vieler Menschen bestimmt. Beschämen sollte uns jedoch erst recht, dass Armut in unseren vermeintlich „entwickelten“ Industrienationen nicht lediglich ein Randphänomen darstellt, sondern tief in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Um die schlimmsten Abstürze in Armut zu verhindern, gibt es zwar hierzulande Netze von sozialen Sicherungssystemen, doch die fortwährenden Einschnitte in diese Netze haben die Maschen in der Vergangenheit größer werden lassen. In der Konsequenz führt dies dazu, dass immer mehr Menschen durch diese Netze fallen und auf dem harten Boden der Realität „Armut“ aufschlagen. Dieses Schicksal zieht sich quer durch unsere Gesellschaft: egal ob Mann oder Frau, Alleinstehende oder Familien, Alte oder Junge, Erwachsene oder Kinder. Vielfältig sind die Gründe, in Armut abzurutschen: eine plötzlich auftretende Krankheit, eine unerwartete Kündigung, eine Trennung oder einfach nur Pech. In Armut geraten Menschen vielfach ganz plötzlich, völlig unverschul-

det und unvorbereitet. Vor allem für Kinder bedeutet dies oftmals eine schwere Einschränkung für die Entwicklung von Körper und Seele. Eine Gesellschaft, die es sich leistet, Armut als allgegenwärtiges Drohszenario für alle Bürger zu akzeptieren, sollte sich Gedanken machen, ob sie die richtigen Maßstäbe setzt.

Menschen, die in eine Notlage geraten und dadurch in Armut abgerutscht sind, sprechen meist nicht über ihre Situation. Für viele ist die Scham zu groß, nicht der Norm zu entsprechen und von anderen abhängig zu sein. Wie tapfer und würdevoll dabei viele mit ihrer schwierigen Situation umgehen, bleibt leider sehr oft unerkannt. Wesentlich verbreiteter als die positiven Bilder sind leider immer noch diese Klischees von Armut: der verwahrloste Alkoholiker, der listige Sozialschmarotzer oder das vernachlässigte Kind. Leider dominieren diese Stereotype die öffentliche Wahrnehmung. In dieser Ausgabe möchten wir Ihnen zeigen, wie Betroffene sich ihrem Schicksal stellen, sich für eine Verbesserung ihrer Situation engagieren und welche Unterstützung sie bekommen. Es geht dabei nicht darum, Menschen in Armut vorzuführen. Ihnen zuzuhören

bedeutet auch, ihnen die Würde der Anerkennung zurückzugeben.

Die vielen Beispiele in diesem Heft zeigen schließlich auch, dass Armut nicht zwangsläufig Isolation und Einsamkeit bedeuten muss. Es gibt besonders auch im Paritätischen viele Menschen, die willens sind zu helfen. Von der Thematisierung des „Tabuthemas Armut“ in der Öffentlichkeit über die perspektivische Unterstützung von Menschen in Notlagen bis hin zur konkreten Alltagshilfe. Der Paritätische engagiert sich seit Jahrzehnten für Menschen in Armut und sorgt mit zahlreichen Organisationen und Initiativen dafür, dass ihnen Hilfe zuteil wird. Armut mag immer noch ein weitverbreitetes Phänomen sein, auf die konkreten Auswirkungen können wir jedoch Einfluss nehmen. Jedes einzelne Beispiel in diesem Heft zeigt, wie sehr sich der Einsatz lohnt.

Herzlichst, Ihr
Eberhard Jüttner

Damit der Magen nicht knurrt ...

An mehreren Schulen in Hannover kochen Jugendliche für ihre Mitschüler

Wenn nach der großen Pause im Klassenzimmer noch Mägen knurren, kann man sie hören, die Armut von Kindern. Aber es gibt auch den Mangel, der weniger direkt wahrnehmbar ist. Etwa wenn Gelegenheiten fehlen, sich etwas Gutes zu tun. Oder wenn junge Menschen nur selten erleben, wie das ist, ein wertvoller Teil einer Gemeinschaft zu sein. All diese Aspekte greift die gemeinnützige Gesellschaft „Hilfe für hungernde Kinder“ auf: Dank ihrer Unterstützung kann an Hannoveraner Schulen und sozialtherapeutischen Einrichtungen täglich gekocht werden. Schülerinnen und Schüler bereiten für alle Kinder eine gesunde Mahlzeit zu – und lernen vieles dabei.

Gentrit legt den Schneebesen beiseite und schüttelt die Hand. „Ganz schön anstrengend“, sagt er, „aber der Geschmack soll sich ja gut verteilen.“ Also nimmt er sich die große Schüssel erneut vor: Noch etwas Vanillezucker hinzugefügt, dann die zähe Masse ein letztes Mal durchgerührt – fertig ist der Quarkpudding. Gentrit strahlt. „Nachtisch“, sagt der 13-Jährige, „mache ich am liebsten“. Von ihm aus könnte es nun losgehen. Doch in den anderen Kochkochen ist man noch nicht soweit. Wie jeden Freitag Morgen ist Gentrit mit seinen acht Klassenkameradinnen und -kamera-

den dabei, eine warme Mahlzeit plus Nachspeise zu produzieren. Eine besondere Aufgabe, denn die Achtklässler kochen im Hauswirtschaftsraum der Gustav-Heinemann-Förderschule nicht nur für sich selbst, sondern auch für mehr als 40 weitere Schülerinnen und Schüler. „Deshalb müssen wir das alles ja pünktlich fertig haben“, sagt Gentrit.

„Dann ist man satt“

Jetzt ist auch die Reispfanne durchgezogen. Rechtzeitig zu viertel nach neun speisen die jungen Köche und Köchinnen erst selbst, bevor sie wenig spä-

ter in der großen Pause die anderen versorgen. Dass es für ein Mittagmahl doch recht früh ist, stört hier niemanden. Daran hätten sie sich längst gewöhnt, sagt ein Mädchen. Und ein Junge meint: „Das ist gut so, weil dann ist man satt“.

Nicht wenige Förderschülerinnen und -schüler kommen hungrig in den Unterricht. Mal, weil ihre Eltern sich generell kaum um die Ernährung kümmern. Oder weil Lebensmittel phasenweise knapp werden – meist zum Ende des Monats hin. „Dann gibt es oft nur noch Toastbrot“, sagt Ilse Bohle, die Hauswirtschaftslehrerin, die die Gruppe heute anleitet.

Seitdem jeden Tag eine andere „Koch-Klasse“ für alle Essen macht, hat sie an der Schule eine erhebliche Veränderung beobachtet: „Die Kinder wissen: Es ist immer etwas da, es wird für uns gesorgt. Dadurch ist alles viel ruhiger geworden – und vor allem lernt es sich so leichter.“

Eine engagierte Journalistin legte den Grundstein

Zu verdanken ist all dies maßgeblich einer engagierten Hannoveranerin. „Unglaublich“ fand es Kornelia Rust-Bulmann, als sie vor zehn Jahren hörte, jedes siebte Kind in der Leine-Stadt wachse in Armut auf. Nachdem ihr kurz darauf berichtet wurde, Lehrkräfte würden selbst einkaufen, damit ihre Schüler wenigstens ein Frühstück bekämen, wusste die damalige Journalistin, was sie fortan tun wollte: Kindern die Chance geben, sich selbst mit günstigen Lebensmitteln eine gesunde



„Nachtisch mache ich am liebsten“, sagt Gentrit. Zusammen mit Anna-Lena präsentiert er den Quarkpudding, den sie für die Schüler und Schülerinnen der Gustav-Heinemann-Schule zubereitet haben.

Fotos: Bernd Schüler



Gesellschaft für Wirtschafts- und Kulturgestaltung mbH



Betriebswirtschaft

- Interimgeschäftsführung & Interimsmanagement
- Machbarkeitsstudien
- Krisenintervention

Investive Projektentwicklung

- Fördermittelberatung
- Finanzierungskonzepte
- Baukostencontrolling

Personalentwicklung

- Mitarbeiterbindung
- Führungskräfteentwicklung
- Personalsuche und Auswahl

Standorte in Freiburg, Witten und Hannover.

Kontakt:

GWK mbH
Emmy-Noether-Straße 2
79110 Freiburg
Tel. +49 (0)761 888 51 24-0
Fax +49 (0)761 888 51 24-19
Freiburg@gwk-germany.com

www.gwk-germany.com

Mahlzeit herzustellen. Schon bald stand ein Konzept. Danach sollten die „Koch-Klassen“ in den Hauswirtschaftsunterricht integriert und von schulischen Lehrkräften betreut werden. Alle Kinder werden beteiligt, niemand soll sich als arm stigmatisiert fühlen. Und die Initiative selbst sorgt für die erforderlichen Lebensmittel. Zum Teil werden die Waren angeliefert. Für die frischen Lebensmittel bekommen die Schüler Geld, damit sie diese selbst einkaufen können.

Mehr als 1.000 Kinder profitieren von dem Angebot

Mittlerweile erreicht das Angebot über 1.000 Kinder an zehn Schulen und vier sozialtherapeutischen Einrichtungen. Viele Förderer konnte Kornelia Rust-Bulmahn mit ihrem kleinen Team gewinnen. Längst könnte auch die Zahl der Schulen größer sein. Doch nicht alle wollen sich auf die Vorgaben einlassen, bedauert die Geschäftsführerin: „Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Deshalb sind wir weder eine Suppenküche noch eine Tafel.“ So geht es nie allein darum, leere Mägen zu füllen. Hinzukommen sollen immer auch Lektionen für das Leben. Darum sind die Kinder bei allen anfallenden Tätigkeiten selbst beteiligt, vom Erstellen der Einkaufslisten bis zum Aufräumen der Küche. Alles muss ja gelernt sein: Was kostet Gemüse? Wie kocht man Kartoffeln? Womit wischt man die Arbeitsfläche ab?

Beim Kochen lernen

Es gilt das Motto: Wer kocht, bildet sich. Bei Gentrüt sieht man das schon daran, wie lässig und gekonnt er die inzwischen leergegessenen und gespülten Schüsseln abtrocknet. Sichtlich stolz auf die erworbenen Fertigkeiten, erzählt er: „Am Anfang sind wir hier immer so herumgegeistert, aber jetzt kann ich viel mehr bei der Sache sein.“ Auch mit einem Schüler zusammenarbeiten, mit dem man sonst nicht so viel zu tun hat, habe er hier gelernt. Und seit heute weiß er, was Quark und Pudding voneinander unterscheidet. Denn bevor es ans Zubereiten der Mahlzeiten geht, werden stets die Rezeptzutaten genau bespro-



Wissen, was man isst: In der „Koch-Klasse“ stehen immer auch die Prinzipien gesunder Ernährung auf dem Programm. Marcel zeigt die „Nahrungspyramide“.

chen. „Manche Gemüsesorte lernen die Schüler erst hier kennen“, sagt Ilse Bohle. „Oder sie hören zum ersten Mal, dass man Pizza selber machen kann.“ Die Lehrerin lobt es, wie ernst die jungen Köche und Köchinnen die Aufgabe nehmen: Sie wollen ihren Mitschülern etwas Leckeres auftischen. Ein Ehrgeiz, der sich fortpflanzt: Viele Schülerinnen und Schüler probieren die Rezepte auch zu Hause aus. Gentrüt betont, als einziger von sechs Geschwistern kochen zu können. „Wenn meine Eltern beim Arzt sind“, sagt er, „mache ich für meine kleine Schwester Pfannkuchen.“

Bernd Schüler

Kontakt

„Hilfe für hungernde Kinder“, seit dem Jahr 2003 eine gemeinnützige Gesellschaft, bietet auch viele andere Projekte an: etwa die „Stadtreporter“, eine Art Schülermagazin, oder das „Kindertraumschiff“.
Hilfe-für-hungernde-Kinder gemeinnützige Gesellschaft mbH
Gerhart-Hauptmann-Str. 81
30629 Hannover
Tel.: 0511/5859949
E-Mail: info@hilfe-fuer-hungernde-kinder.de
www.hilfe-fuer-hungernde-kinder.de

Praktische Hilfe und Lobbyarbeit

Ein Second-Hand-Laden als Stadtteil-Treff und Erste-Hilfe-Beratungsstelle

In Nürnberg wird der Paritätische zum Robin Hood der Haushalte: Er verteilt Kleidung und Haushaltswaren von den Reichen an die Armen. Nur überfällt er dafür niemanden. Die Ware wird freiwillig abgegeben als Spende – und zwar in den drei Filialen von „Der Kleiderladen“.

Das ist mein Traumjob“, sagt Ludmilla Redinger mit gewinnendem Lächeln und zeigt einladend auf ihr „Reich“: Kleiderstangen voller Mäntel, Röcke. Blusen und Hosen und Regale voller Vasen, edler und bunter Service, Deckchen und Decken, Bettwäsche und Bücher – alles fein sortiert und dekoriert. Seit fünf Jahren arbeitet Ludmilla Redinger im Kleiderladen im Münchner Stadtteil Langwasser, davor war sie selbst dort Kundin. Anfangs kam sie zum Kaufen, bald aber auch zum Ratschen oder um Rat zu holen. Denn im Kleiderladen gibt es mehr als nur Gebrauchtwaren. Er ist oftmals die erste Anlaufstelle für alle, die neu zuziehen – wie Ludmilla Redinger. 1991 kam sie mit ihrer Familie aus Russland. Wie viele Spätaussiedler, Kontingentflüchtlinge und Einwanderer aus Osteuropa zog sie nach Langwasser. Ihre Schwiegermutter empfahl ihr den „Kleiderladen“ als Einkaufsstelle und Treffpunkt zum Deutsch sprechen. Heute kennt sie fast alle Kunden und Kundinnen mit Namen, deren Familiengeschichten und Nöte.

Personal, das im Viertel verwurzelt ist

„Für unsere Kleiderläden suchen wir bewusst Personal, das im jeweiligen Viertel verwurzelt ist“, sagt Irena Rozek, beim Paritätischen Bezirksverband Mittelfranken für die Organisation und die Koordination der Kleiderläden zuständig. Denn die Läden sind als Stadtteil-Treff und eine Art „Erste-Hilfe-Beratungsstelle“ konzipiert. Meist wissen die Mitarbeiterinnen, welche Behörde oder Einrichtung weiterhelfen kann. In jedem Laden arbeiten je eine Hauptamtliche, geringfügig Beschäftigte, viele ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und zudem Menschen, die Sozialstunden leisten.

Ständig kommt neue Ware, mal zu den Öffnungszeiten angeliefert in Waschkörben und Säcken, mal bei Haushaltsauflösungen zum Abholen. Und alles muss sortiert werden: das Gute für den Laden, das Abgetragene in die Altkleiderverwertung, die jahreszeitliche Deko in die Vorratsecke. Waren, die noch auf ihren Verkauf warten, füllen allein bei der Filiale in Langwasser zwei Keller und eine Garage. Lager, Verkaufsräume und Personal wollen bezahlt werden. „Zusammen mit Renovierungen und Re-Investitionen in die Ladenausstattung kommen wir etwa Null auf Null raus“, erklärt Irena Rozek. Eventuelle Überschüsse fließen in andere soziale Projekte.

„Mit den Läden leisten wir vorrangig eine symptomatische Verbesserung

der Armut“, erklärt Christiane Paulus, Geschäftsführerin des Paritätischen in Mittelfranken. „Doch diese Arbeit ist eingebunden in unsere politische Lobbyarbeit.“ Gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsverbänden, der Stadt Nürnberg und einzelnen Engagierten hat der Paritätische ein „Netz gegen Armut“ geknüpft, das sich für strukturelle Verbesserungen einsetzt.

Ein Gewinn für die Lebensqualität

Allerdings führt auch „Der Kleiderladen“ zu strukturellen Verbesserungen – zumindest im Hinblick auf einzelne Schicksale. So ist Jutta Hentschel froh, nach Ableistung ihrer Sozialstunden im Laden einen Ein-Euro-Job zu bekommen. Mit 80 Prozent Schwerbehinderung und 53 Jahren hat sie auf



Rund ums Jahr wird jahreszeitliche Dekoration gesammelt. Ludmilla Redinger (links), Roswitha Schubert (2. von rechts) und Potyekhina Olena (rechts) stellen die Ware rechtzeitig zum Fest auf Sondertischen aus.
Foto: Gisela Haberer

dem regulären Arbeitsmarkt so gut wie keine Chance. Ludmilla Redinger hatte ihre Stelle bei der Post verloren und war froh, im Kleiderladen wenigstens geringfügig beschäftigt werden zu können. Potyekhina Olena verbesserte ihr Deutsch durch ihre ehrenamtliche Mitarbeit im Laden so, dass sie – auch aufgrund ihrer Verkaufs-Erfahrung – schließlich von einem großen Warenhaus angestellt wurde. Ihr jetziger Arbeitgeber teilt die Dienstpläne extra so ein, dass der Ukrainerin weiterhin Zeit für ihre ehrenamtliche Tätigkeit im

Kleiderladen bleibt. Für Roswitha Schubert ist der Laden der ideale Weg, einem einsamen Rentnerdasein zu entfliehen. Seit 13 Jahren arbeitet sie hier und denkt gar nicht ans Aufhören. „Für mich ist die schrecklichste Zeit des Jahres zwischen Heilig Abend und Heilig Drei König“, sagt die 73-Jährige, „Denn da ist der Laden geschlossen.“ „Der Kleiderladen“ bringt eben ein Mehr an Lebensqualität – für Kunden und Kundinnen wie für Mitarbeiterinnen.

Gisela Haberer

Kontakt

Der Paritätische Bayern
Bezirk Mittelfranken
Irena Rozek
Ludwigstr. 67
90402 Nürnberg
Tel.: 0911/205650
E-Mail: mittelfranken@paritaet-bayern.de
www.mittelfranken.paritaet-bayern.de

Armut ist gepaart mit Perspektivlosigkeit

Ulrich Schneider fordert einen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Kurswechsel

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Dennoch leben hier rund zwölf Millionen Menschen in Armut, darunter mehr als zwei Millionen Kinder. Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, warnt davor, dass sich dieser skandalöse Zustand weiter verfestigt, wenn die Bundesregierung nicht endlich ihren sozial- und arbeitsmarktpolitischen Kurs drastisch ändert.

Herr Schneider, als der Paritätische vor 22 Jahren seinen ersten Armutsbericht für die Bundesrepublik Deutschland präsentierte, trug dieser den Titel „Wessen wir uns schämen müssen in einem reichen Land“. Voriges Jahr haben Sie kurz vor Weihnachten erneut einen Armutsbericht vorgelegt. Der Titel von damals hätte hier immer noch gepasst. Hat sich in zwei Jahrzehnten rein gar nichts geändert?

Dr. Ulrich Schneider: Verglichen mit der Situation, wie wir sie vor über 20 Jahren beklagt haben, hat sich durchaus einiges verändert. Wir mussten bei unserer Analyse nämlich feststellen, dass sich die Armut seit geraumer Zeit auf hohem Niveau verhärtet – völlig unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung. Selbst in Jahren mit starkem Wirtschaftswachstum – wie wir sie 2006, 2007 und 2010 hatten –, hat sich bei der Armutsquote kaum etwas bewegt. Die Konjunktur kann so gut sein, wie sie will, an den armen Menschen geht sie vorbei. Und die Politik unternimmt auch nichts, um das zu ändern. Im Gegenteil: Sie hat die gesellschaft-

liche Spaltung sogar noch verschärft, indem sie beispielsweise das Elterngeld für Hartz-IV-Bezieher gestrichen und beim Wohngeld sowie ganz massiv auch bei den Mitteln für die Arbeitsmarktpolitik gekürzt hat.

Was fordern Sie?

Wir brauchen dringend einen radikalen armuts- und reichthumpolitischen Kurswechsel, wenn unsere Gesellschaft nicht kollabieren soll. Denn die eklatante Ungleichheit, die wir in unserem Land haben, droht den sozialen Zusammenhalt über kurz oder lang zu sprengen und gefährdet unsere Demokratie. Die Menschen werden es auf Dauer nicht hinnehmen, wenn sie keine Chancen bekommen.

Die Armut, mit der wir es heute zu tun haben, ist überhaupt nicht mehr zu vergleichen mit der Armut, wie wir sie vor 20 oder 30 Jahren gekannt haben. An ihr klebt wie ein finsterner Schatten zusätzlich noch eine zunehmende Perspektivlosigkeit. Das macht die Armut so brisant, dass sie nicht nur für weni-

ge Menschen, sondern für Millionen ein Dauerzustand geworden ist. Und diese Zahl wird noch wachsen, wenn die Politik nicht entgegensteuert.

Woran liegt das?

Neben der sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit gibt es ein weiteres Problem: Seit der Einführung von Hartz IV ist auch der Niedriglohnsektor enorm gewachsen. Inzwischen arbeiten fast sieben Millionen, also 25 Prozent der abhängig Beschäftigten in diesem Bereich. Viele von ihnen, die sogenannten „Aufstocker“, verdienen bei Stundenlöhnen von fünf, sechs oder sieben Euro monatlich so wenig, dass sie ergänzend Hartz-IV-Leistungen brauchen. Und wenn ich viele sage, dann geht es nicht um ein paar Tausend, sondern um aktuell rund 1,3 Millionen Menschen. Die Folge davon wird Altersarmut in enormem Ausmaß sein. Wer jetzt schon nicht genug zum Leben hat, wird auch im Rentenalter nicht besser dastehen. Denn für die geforderte private Vorsorge ha-

ben Menschen, die im Niedriglohnsektor oder Teilzeit arbeiten, gar kein Geld übrig. Wenn sie überhaupt lange genug leben, um eine Rente zu beziehen. Denn leider haben Menschen, die langfristig von Armut betroffen sind, und dazu gehören ja auch Geringverdiener, eine deutlich niedrigere Lebenserwartung als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Und was wir nicht vergessen dürfen: Die Bundesregierung hat nicht nur die Rente mit 67 beschlossen, was nichts anderes als eine Rentenkürzung durch die Hintertür ist. Denn je früher ich in Rente gehe, desto höher sind meine Abschläge – und das trifft besonders hart Menschen, die in schlecht bezahlten, körperlich anstrengenden Berufen arbeiten. Außerdem hat die Regierung auch beschlossen, das Rentenniveau von einst 70 auf 42 Prozent runterzufahren. Nach unseren Berechnungen wird bereits 2025 die durchschnittlich ausgezahlte Rente nicht mehr höher sein als die Grundsicherung.

Dann macht es für viele Menschen ja eigentlich gar keine Sinn, dass sie in die Rentenkasse einzahlen...

Darum fordert der Paritätische ja auch, die sozialen Sicherungssysteme endlich armutsfest zu machen. Wir brauchen ein Rentensystem, in dem Menschen, die gearbeitet haben, auch wirklich eine Rente bekommen, von der sie leben können. Dasselbe gilt für die Arbeitslosenversicherung. Es ist nicht akzeptabel, dass Menschen, die jahrelang berufstätig waren und Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, Hartz IV beziehen müssen, wenn sie arbeitslos werden. Heutzutage bekommen nur noch 31 Prozent aller Arbeitslosen Arbeitslosengeld I. Und viele von denen, die in den Genuss dieser Leistung kommen, sind trotzdem nicht vor Hartz IV verschont: Sie müssen aufstocken, weil sie aus dem Niedriglohnsektor kommen. Wir prüfen daher ein Modell, wonach für ehemals Vollerwerbstätige ein Arbeitslosengeld I gezahlt wird, dessen Höhe auf jeden Fall über Hartz-IV-Niveau liegt. Ein solches Mindestarbeitslosengeld müsste nach unserer Schätzung rund 800 Euro im Monat betragen. Außerdem sollte der Kreis der Anspruchsberechtigten wieder erweitert werden. Die Rahmenfrist, bin-



Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands

Foto: Uwe Zucchi | dpa

nen derer man zwölf Monate versicherungspflichtige Beschäftigung nachweisen können muss, sollte statt zwei wieder wie früher drei Jahre betragen.

Muss aber nicht auch generell das Problem angegangen werden, dass überhaupt so viele Menschen für Hungerlöhne arbeiten?

Der Paritätische hat da eine ganz klare Position: Wir brauchen einen bundesweit einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn. Er ist eine ganz wichtige Säule einer offensiven Armuts politik. Ebenso wie der Hartz-IV-Regelsatz auf eine bedarfsge rechte Höhe von 420 Euro angehoben werden muss. Was wir daneben aber auch dringend brauchen, ist eine Politik, die den Menschen wieder Perspektiven gibt. Wir müssen Ihnen Arbeit geben. Wenn das auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht geht, weil dort insbesondere langzeitarbeitslose Menschen kaum Chancen haben, müssen wir in öffentlich geförder te, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung investieren. Chancen auf Arbeit zu schaffen ist von ganz enormer Bedeutung – auch mit Blick auf die jungen Menschen. Woher sollen sie die Motivation nehmen zu lernen, wenn sie bei ihren Eltern sehen, dass sie sowieso keine Arbeit finden, mit der sie ihre Familie ernähren können.

Damit sprechen Sie das Thema Qualifikation an ... womit wir kurz noch zum sogenannten Bildungs- und Teilhabe paket kommen könnten.

Das ist eine Mogelpackung und wird nicht im geringsten dem Anspruch gerecht, die Chancen auf Bildung und Teilhabe für Kinder aus einkommensschwachen Familien zu verbessern. Wenn wir diesen Kindern wirksam helfen wollen, müssen wir ihnen freien Zugang zu allen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe gewähren und unsere Schulen in die Lage versetzen, sich besser um benachteiligte Kinder und Jugendliche zu kümmern. Abgesehen davon brauchen wir aber auch einen Sozialfonds für besonders von Armut betroffene, strukturschwache Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern und das Ruhrgebiet, um die Lebenssituation der Menschen zu verbessern.

All das kostet aber...

Angesichts eines privaten Geldvermögens von rund 4,6 Billionen Euro in Deutschland sollte das Geld da sein. Bei den vermögensbezogenen Steuern gibt es noch erheblichen Spielraum. Es fehlt nur der politische Wille zur Umverteilung.

Das Gespräch führte Ulrike Bauer



**Zur Person:
Ulrich Schneider**

Dr. Ulrich Schneider ist seit 1988 beim Paritätischen Gesamtverband tätig. 1999 wurde er dessen Hauptgeschäftsführer. Der Erziehungswissenschaftler gehörte 1989 zu den Autoren des ersten Armutsberichts für die Bundesrepublik Deutschland. Zudem ist Schneider Mitinitiator der 1991 gegründeten Nationalen Armutskonferenz. Der 53-Jährige hat zahlreiche Publikationen zu den Themen Armut in Deutschland, Verantwortung des Sozialstaats und soziale Gerechtigkeit verfasst. Sein jüngstes Buch hat den Titel „Armes Deutschland – neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand“.



Marina Berndt hat den Rollstuhl beiseite geschoben, um dem Besuch ihr Zuhause zu zeigen. Die gehbehinderte Berlinerin ist froh, eine barrierefreie Wohnung gefunden zu haben. „Freiraumberlin“ half ihr, die Kostenübernahme durch den Grundsicherungsträger durchzusetzen.

Foto: Bernd Schüller

Barrierefrei + bezahlbar = selten

„Freiraumberlin“ hilft älteren Menschen bei der Wohnungssuche

Umziehen, eine neue Wohnung suchen müssen – das ist immer eine aufreibende Situation. Erst recht gilt dies für ältere, gesundheitlich eingeschränkte oder behinderte Menschen, die über wenig finanzielle Ressourcen verfügen. Wie soll man ein neues Zuhause finden, wenn das Angebot an bezahlbarem, geeigneten Wohnraum so knapp ist? In der Bundeshauptstadt können sich Hilfesuchende kostenlos beraten und unterstützen lassen, bei einer „Anlaufstelle für barrierefreies Wohnen im Alter“. Der Sozialverband VdK hat dieses Modellprojekt namens „Freiraumberlin“ aufgebaut.

Auf den Knopf im Boden ihres Bades könnte Marina Berndt verzichten. Wer darauf tritt, löst die Toiletten-Spülung aus. „Das ist vielleicht für Menschen, die keine Arme haben“, mutmaßt die 59-Jährige. Alles andere aber, was ihre neue Wohnung auszeichnet, ist für sie äußerst wichtig: draußen ein Fahrstuhl, innen ein geräumiges Bad, eine ebenerdige Dusche, breite Türen. „Sonst könnte ich mich hier nicht mehr fortbewegen, wenn ich im Rollstuhl sitzen muss“, sagt sie. Nach mehreren Schlaganfällen und einer Wirbelsäulen-Operation ist Marina Berndt stark gehbehindert. Fünf Jahre schon ist es ihr Los, tagtäglich zu erfahren, wie hürdenreich die Welt sein kann. Im alten Zuhause war das Bad eine Herausforderung. Zwar lebte sie gerne in

der Drei-Zimmer-Wohnung im Märkischen Viertel in Berlin-Reinickendorf mit Aussicht aus dem zehnten Stock – zusammen mit ihrem ebenfalls gehbehinderten Ehemann. Nur war die Nasszelle viel zu eng. „Es war immer ein Abenteuer, wie wir in die Wanne hineinklettern mussten“, erzählt sie.

Nach dem Tod des Ehemanns war die alte Wohnung zu teuer

Vielleicht hätte Marina Berndt das in Kauf genommen, immerhin gibt es ja die Pflegerin, die beim Waschen hilft. Doch nachdem ihr Mann verstorben war, kam Post vom Bezirksamt. Die zuständige Behörde für die Grundsicherung beschied: Die Wohnung sei nun zu groß und zu teuer – Marina Berndt müsse umziehen. Zuerst war

es ein Schlag, dann ein Rätsel: Wie sollte sie für die 378 Euro eine rollstuhlgerechte Wohnung finden? So viel übernimmt das Amt in der Regel maximal für eine Person an Mietkosten. Zum Glück wurde sie auf „Freiraumberlin“ aufmerksam, die „Anlaufstelle für barrierefreies Wohnen im Alter“. Beim Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg e.V. hatte man das Ausmaß solcher Wohnungsnot erkannt und ein entsprechendes Modellprojekt beantragt. Seit 30 Monaten gibt es nun das Angebot, gefördert von der ARD-Fernsehlotterie.

„Für ältere Menschen in Berlin barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum zu finden, das ist sehr schwierig geworden“, sagt Nicole Böhmer, die Projektleiterin. Es gebe immer mehr altersge-

rechte Wohn-Angebote – nur seien die selten für Leute mit geringem Einkommen bezahlbar. „Und bei behinderten-gerechten Wohnungen übersteigt die Nachfrage eindeutig das Angebot“, sagt die Diplom-Architektin.

Gemeinsam mit fünf ehrenamtlichen MitarbeiterInnen tut die Projektleiterin also das, was weiterhilft: Sie sondiert den Wohnungsmarkt, erkundigt sich bei Vermietern nach geeigneten Mietobjekten und stellt sie ihren Klienten vor, von denen rund 80 Prozent Grundsicherung erhalten. Zudem unterstützt sie die Wohnungssuchenden auch bei der Bewerbung und begleitet sie gegebenenfalls zum Besichtigungstermin.

An Informationen über geeigneten Wohnraum zu gelangen, war anfangs ein mühsames Geschäft. „Aber inzwischen haben wir einen guten Draht zu einigen Ansprechpartnern bei Wohnungsbaugesellschaften, aber auch zu privaten Vermietern“, sagt die 34-Jährige.

Konnte sie eine Wohnung finden, bleibt Nicole Böhmers Arbeit weiterhin spannend. Häufig folgt der so genannte Papierkrieg: Welche Anträge sind wo einzureichen? Auf welche Paragraphen muss man sich beziehen? Bei solchen Fragen unterstützt die Anlaufstelle, sei es mit dem Formulieren eines Widerspruchs oder auch durch direkte Intervention beim zuständigen Sachbearbeiter. „Meistens haben wir Erfolg“, sagt die Projektleiterin.

Marina Berndt hatte ihre neue Wohnung letztendlich auf eigene Faust gefunden. „Aber die Kostenübernahme hinzubekommen, das hätte ich nie und nimmer alleine geschafft“, sagt sie. Zwei Monate dauerte die Auseinandersetzung, bis Nicole Böhmer schließlich erreichte, dass 660 Euro Warmmiete bezahlt werden. Ein Segen für ihre Klientin, denn die Ein-Zimmer-Wohnung, die ihr das Amt zuweisen wollte, wäre für sie eine Zumutung

gewesen. „Kochen, schlafen, meine Möbel und der große Rollstuhl auf 40 Quadratmetern – das entsprach nicht meiner Vorstellung von Lebensqualität“, so Marina Berndt. In ihrem Fall hat das Projekt „Freiraumberlin“ sein Ziel erreicht: Menschen ein möglichst selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Das gelang bisher auch bei 70 weiteren Klientinnen und Klienten. Für über 150 sucht Nicole Böhmer aber noch nach passenden Quartieren.

Bernd Schüler

Kontakt

FREIRAUMBERLIN – Anlaufstelle für barrierefreies Wohnen im Alter
 Sozialverband Vdk Berlin-Brandenburg e. V.
 Rubensstraße 84, 12157 Berlin
 Tel.: 030/78006668
 E-Mail: nicole.boehmer@vdk.de
 Internet: vdk.de/bb21941

Anzeige

Office-Lösungen

brother[®]
 at your side

EFFIZIENZ

at your side



Brother Office-Lösungen überzeugen mit Effizienz und intelligenter Funktionalität.
 Vom Beschriftungssystem bis zum High-End Laser-MFC.



Nutzen Sie die Rahmenvereinbarungen mit Brother Top-Konditionen!

Mehr Infos unter www.brother.de

Aus der Selbsthilfegruppe ist ein wichtiges Stadtteil-Zentrum geworden

Das Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum Fürth hat ein riesiges Angebot

Rund 500 Mehrgenerationenhäuser (MGH) gibt es inzwischen in ganz Deutschland. Zu den ersten zählt das MGH Mütterzentrum Fürth. Mehrfach wurde es ausgezeichnet, 2008 etwa von der Bundesregierung als „Ausgewählter Ort“ im „Land der Ideen“. Zweimal war die Einrichtung bundesweites Vorbild als Leuchtturmhaus für „Kinderbetreuung“ und „Generationenübergreifende Angebote“. Die Stadt Fürth ist vor allem froh um die passgenauen Angebote für arme Familien.

Wo wachsen die Bäumchen?“, liest der Grundschüler Ahmed vor. Der Gymnasiast Umut will schon antworten, doch der Realschüler Görken fällt ihm ins Wort: „Lass Ahmed die Aufgabe erledigen.“ Die Älteren helfen dem Jüngeren nur, wenn er nicht alleine weiterkommt. Dass die Schüler so friedlich miteinander lernen ist auch der pädagogischen Arbeit der zumeist ehrenamtlichen Helferinnen zu verdanken. Eigentlich ist die Gruppe, die zur Hausaufgabenhilfe ins MGH Mütterzentrum Fürth kommt, mehr als heterogen: zehn Kinder aus acht Herkunftsländern, zwischen acht und 13

Jahren, von der Förderschule bis zum Gymnasium, Jungs und Mädchen. Was sie eint: Zuhause können sie keine Unterstützung fürs Lernen bekommen. „Einige ihrer Mütter sind Analphabetinnen“, erzählt Gymnasial-Lehrerin Friederike Geserich, die die Gruppe leitet. „Viele haben zu Hause weder Ruhe noch Platz zum Lernen.“ Man spürt es den Kindern an: Sie wissen, was sie an der Hausaufgabenhilfe haben und kommen gerne.

Erst kochen, dann Hausaufgaben machen
Für dieses Schuljahr haben sie gemeinsam eine Änderung beschlossen: Sie kochen zusammen. „Das ist viel schön-

er“, sagt Umut, „So können wir miteinander sogar den Speiseplan beschließen.“ Die Federführung beim Kochen behält zwar eine der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen, die türkischer und deutscher Herkunft sind, aber die Kinder machen mit. Gerade aus der Schule gekommen, fragt die achtjährige Meriam gleich: „Darf ich noch helfen?“ Völlig selbstverständlich wird der Tisch miteinander gedeckt und abgeräumt. „Die Kinder lernen nebenbei, wie leicht man gutes, gesundes Essen selbst machen kann“, erläutert Christa Schroth. Die ausgebildete Tagesmutter kocht, hört zu, beaufsichtigt die Kinder, spielt mit ihnen nach dem Essen, hilft natürlich bei den Hausaufgaben und liest Geschichten vor. Und das alles ohne jegliche Hektik. Mindestens einmal im Monat macht die Gruppe – ermöglicht durch die Förderung der Aktion Mensch – einen Ausflug, um mehr von ihrer Umgebung kennenzulernen. Eines der Ziele war etwa das Stadttheater Fürth, wo die Jungen und Mädchen eine Aufführung des „Sams“ sahen.

Start in der Zwei-Zimmer-Wohnung

„Über die Erzählungen und Erlebnisse der Kinder beginnen sich dann auch oft die Eltern mehr für ihren Wohnort zu interessieren“, erzählt Kerstin Wenzl, eine von zwei Leiterinnen des MGH. Seit 19 Jahren arbeitet sie im Mütterzentrum und hat dessen Wachstum erlebt: „Angefangen haben wir als Selbsthilfegruppe für Mütter in einer Zwei-Zimmer-Wohnung, heute füllen



Görken, Ahmed und Umut (von links) unterstützen sich bei der Hausaufgabenhilfe im Fürther Mehrgenerationenhaus Mütterzentrum gegenseitig. Foto: Gisela Haberer

unsere Angebote für alle Generationen ein 900-Quadratmeter-Haus.“ Das Haus stellt die Stadt Fürth mietfrei zur Verfügung. Als Gegenleistung verlangt sie Angebote des MGH Mütterzentrums für den Stadtteil. In der „Westlichen Innenstadt“ hat jeder dritte Einwohner einen ausländischen Pass, jeder fünfte Erwachsene ist langzeitarbeitslos. Das Zentrum ist offen für alle. Zehn Prozent der 45 Ehrenamtlichen und drei der zwölf Mitarbeiterinnen sind selbst Migrantinnen. Viele der etwa 70 monatlichen Angebote – darunter Spielgruppen, musikalische Früherziehung und Leihomaservice – werden auf Deutsch, Türkisch und Russisch im gut 60-seitigen Programmheft „Mama mia“ beschrieben. Wechselnde Kurse und regelmäßige Einrichtungen sind von Menschen aus dem Viertel für Menschen im Viertel. Kein Wunder, dass auch Behörden das Haus immer wieder mit neuen Aufgaben betrauen.

Die Kreativwerkstatt soll bei der Vermittlung in Arbeit helfen

Als das Versandhaus Quelle insolvent wurde, traf der Verlust der rund 2.000 Arbeitsplätze, von denen viele für Geringqualifizierte geeignet waren, die ganze Region. Besonders betroffen war jedoch Fürth. Die Bayerische Staatsregierung beschloss ein Strukturprogramm. In Fürth wird dies gemeinsam von Jugendhilfe und Jobcenter durch „Tandem“ umgesetzt. Gleich drei der Tandem-Projekte laufen im Fürther MGH, eines davon ist eine „Kreativwerkstatt“ für Frauen, die Sozialgeld beziehen. Ziel der Kreativwerkstatt: Sie soll helfen, Vermittlungshemmnisse abzubauen, die Frauen aktivieren und ihre Schlüsselkompetenzen stärken.

Mut gemacht

Dass dies Kursleiterin Saadet Fidan gelingt, ist schon nach der Halbzeit abzusehen. „Zu Beginn trauten sich die Frauen nichts zu“, erinnert sich die gelernte Modeschneiderin. Viele hatten sogar eine eigene Nähmaschine zuhause, wagten sich aber nicht ran. Im Kurs lernten sie, mit ihrer eigenen Maschine umzugehen oder die angeschafften Lehr-Maschinen zu benutzen. Anfangs wollten die Teilnehmerinnen kaum

Kursleiterin Saadet Fidan hat den Teilnehmerinnen des Tandemprojekts in der Kreativwerkstatt Mut zum souveränen Umgang mit der Nähmaschine gemacht. Die Produkte können sich sehen lassen.

Foto: Gisela Haberer



eine Naht auf einem Übungspapier nachfahren. Mittlerweile kommen sie sogar mit komplizierten Materialien wie Gardinenstoffen zurecht. Diese gewaltigen Erfolge sind sowohl der Geduld Saadet Fidans und ihrer individuellen Förderung der sechs Teilnehmerinnen zu verdanken als auch ihrem Ansatz: Sie fragte die Frauen, was sie beim Nähen lernen wollten. Und das waren nicht aufwändige Ball- und Brautkleider, die Saadet Fidan schneiden kann, sondern einfache Änderungen. Sie ließ die Frauen alles mitbringen, was auf Änderung wartete. Die Ergebnisse bescherten den Frauen ein mehrfaches Erfolgserlebnis. „Sie bewältigten die Änderungen, fanden endlich die eigene Kleidung schick und können nun fortan der Familienkasse helfen“, erzählt die gebürtige Schweinfurterin.

Selbstbewusstsein wächst

Danach schlugen die Teilnehmerinnen von selbst anspruchsvollere Projekte vor. Silke Klaewer nähte Nikolaus-Säckchen in verschiedenen Größen für Senioren, Irina Prinz eine Tasche aus dreierlei Material. Ist ein Werk fertig, wird es von allen beklatscht. Jede der Frauen freut sich auf die Kursstunden. „Wir sitzen und lernen und lachen“, beschreibt die 43-jährige Saron Berhane die fruchtbare Atmosphäre.

Dabei hatten die Frauen anfangs auch untereinander kaum Worte gewechselt. Zu ihren „Vermittlungshemmnissen“ zählten großteils mangelnde Sprachkenntnisse. Doch im Kurs überwog der Wunsch sich auszutauschen. Den Frauen aus Eritrea, Mazedonien, Kroatien, Russland und Deutschland blieb dafür nur Deutsch, auch in der Verständigung mit ihrer türkisch-stämmigen Kursleiterin. „Heute führen sie sogar selbstverständlich Telefonate auf Deutsch“, erzählt Saadet Fidan mit zufriedenen Lächeln. Zum Abschluss des Kurses werden die Kursteilnehmerinnen mit einer Fotografin und einer Friseurin Fotos machen und mit einer Bewerbungstrainerin schriftliche Bewerbungsunterlagen gestalten. Für ihre Suche nach Arbeit sind sie dann mit einer fertigen Bewerbungsmappe ausgestattet – und mit erheblich mehr Selbstbewusstsein.

Gisela Haberer

Kontakt

Mehrgenerationenhaus
Mütterzentrum Fürth
Gartenstr. 14
90762 Fürth
Tel.: 0911/772799
muetterzentrum-fuerth@nefkom.net
www.muetterzentrum-fuerth.de



Rainer Koglin vor einer seiner Stationen: Er liefert als Mitarbeiter der Mobilen Tafel Nahrungsmittel an bedürftige ältere Menschen, die sich diese nicht selbst beim Sozialen Zentrum Erkner abholen können.

Foto: Bernd Schüler

Mobile Tafel bringt das Essen ins Haus

Ein besonderes Angebot für bedürftige ältere Menschen in Erkner

Fast 900 Tafeln sorgen in Deutschland für eine besondere Form der Umverteilung: Sie sammeln überschüssige, aber verzehrfähige Lebensmittel, die sonst meist vernichtet würden, ein und geben sie an Bedürftige weiter. Eine Voraussetzung dafür: Die Menschen müssen die Waren selbst abholen. Was aber ist mit älteren, körperlich eingeschränkten Personen, die dies nicht mehr können? Für sie hat die Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht e. V. (Gefas) im brandenburgischen Erkner ein eigenes Angebot geschaffen: eine „Mobile Tafel“.

Sanft ziehen, fest drücken, es hilft alles nichts. Eben noch hat Rainer Koglin den Kofferraum beladen – und jetzt lässt sich die Heckklappe des blauen Kombis nicht mehr öffnen. Man hört es zwar klacken, aber nichts bewegt sich. Zur Not muss er also auf den Rücksitz klettern, um die Plastikkörbe herauszuholen. „Die Leute sollen doch ihr Essen bekommen“, sagt der 59-Jährige und setzt sich hinters Lenkrad.

Jeden Dienstag Mittag fährt Rainer Koglin seine Tour, die ihn durch sanierte Plattenbausiedlungen führt. Vier Kundinnen und einen Kunden hat er heute auf der Liste, und wenn der Ehrenamtliche anderthalb Stunden später zum Sozialen Zentrum Erkner zurückkehrt, mit leeren Plastiksteigen, hat die „Mobile Ta-

fel“ wieder einmal ihren Dienst getan: Sie hat ältere Menschen versorgt, die den weiten Weg hinaus zum Sozialen Zentrum nicht allein schaffen würden. Dort, hinter dem Bahnhof des idyllisch gelegenen Städtchens unweit von Berlin, hat die Gefas e. V. vor sieben Jahren eine Tafel aufgebaut. Ein Angebot, das von allen Seiten schnell angenommen wurde: vom regionalen Handel, der seither Waren zur Verfügung stellt, ebenso wie von Menschen, die sich hier nach Vorlage ihres Hartz-IV- oder Renten-Bescheids ergänzend Lebensmittel besorgen können.

Bis zu 1.500 Tafel-Nutzer monatlich

„Es will in unserer Stadt zwar niemand über Armut sprechen“, sagt Sonja Krämer, die Regionalleiterin der Gefas, „aber

natürlich gibt es hier viele Bedürftige. 1.200 bis 1.500 Menschen nutzen jeden Monat unsere Tafel.“ Tagtäglich haben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vielen von ihnen Kontakt, sei es bei der Sozialberatung, in der Kleider- oder Möbelkammer und insbesondere bei der Seniorenarbeit des Trägers. So kam Sonja Krämer auch zu Ohren, dass so mancher ältere Mensch in Erkner das Tafel-Angebot gerne nutzen würde, dies aber aufgrund körperlicher Einschränkungen nicht kann. Deshalb beantragte sie beim Jobcenter ein Projekt: Vier Kräfte, die dafür neben ihrem Arbeitslosengeld-II-Regelsatz eine Mehraufwandsentschädigung (MAE) erhalten, wurden bewilligt, ein Transporter stand bereit. Im Sommer 2010 hat die „Mobile Tafel“ ihren Betrieb

aufgenommen und beliefert seitdem bedürftige ältere Menschen zweimal wöchentlich.

Rainer Koglin ist froh, dass ihm das Jobcenter damals diese Aufgabe zugewiesen hat. Der gelernte Maler war schon lange ohne Arbeit. „Zuhause wäre ich kaputt gegangen“, sagt er. Lieber ist er hier mit den Kollegen zusammen und organisiert die Tafel-Lieferung. Gemäß einer Liste, die die Klientinnen und Klienten ankreuzen, stellt er die Lebensmittel zusammen. Ob Backwaren, Wurst, Milchprodukte, Obst oder Gemüse – meist kann er alle Wünsche erfüllen. „Die Ware ist einwandfrei“, sagt Koglin.

Nach all den Monaten, die er regelmäßig zu den Kundinnen und Kunden kommt, sind die Abläufe eingespielt. Selbst der Kofferraumdeckel beugt sich der Routine: An der ersten Station lässt er sich doch wieder öffnen. Mit dem Fahrstuhl geht es in den vierten Stock, die Tür steht schon offen. Während die Kundin den Obulus von fünf Euro zusammensucht, den sie für eine gut gefüllte Stiege mit Waren zu entrichten hat, legt Rainer Koglin die Waren auf den Küchentisch. Dabei hört er zu, wie die alte Dame die Schlachtplatte lobt, die es beim Sozialen Mittagstisch der Gefas gegeben habe.

Ein Plausch schafft Vertrauen

Dass er sich mit den Leuten unterhält, gehört zu seinen Aufgaben. „Sie sollen ja Vertrauen zu mir haben, wenn ich schon in ihre Wohnung komme“, sagt Rainer Koglin. Manche haben sonst nur wenige soziale Kontakte. Je nach Tagesform wird mal mehr, mal weniger erzählt; heute sind die meisten angesichts des Reporters vom Verbandsmagazin eher zugeknöpft. Nur der alte Herr, der diesmal zusätzlich Diät-Kekse bekommt, ist zum Scherzen aufgelegt. „Ich bin so ein armes Schwein geworden“, sagt er lachend, während er einen Schein

für seinen Kostenbeitrag herüberreicht.

Dankbar sind alle Tafelnutzer, besonders aber die 84-jährige Dame bei der letzten Station. Von ihr bekomme er auch mal ein Schokoladen-Täfelchen, erzählt Rainer Koglin, „Trinkgeld gibt es nicht, das dürfte ich ja auch gar nicht annehmen.“ Seit ein paar Monaten haben sich die Rahmenbedingungen für ihn verändert – wie auch die der „Mobilen Tafel“ überhaupt. Das Jobcenter hat die MAE-Maßnahmen nicht mehr verlängert, so dass Rainer Koglin einer von nun fünf Ehrenamtlichen geworden ist, die die Tafel-Arbeit organisieren.

Nachdem ein Transporter den Geist aufgab, muss man den blauen Kombi nutzen, der sonst für andere Aufgaben des Trägers eingesetzt wird. Und schließlich hat die „Mobile Tafel“ das Angebot eingeschränken müssen: Bis zu 25 alte Menschen, die noch die zentral gelegene Seniorenbegegnungsstätte zu Fuß erreichen können, werden dort beliefert – und das auch nur noch einmal wöchentlich.

Regionalleiterin Sonja Krämer hofft auf die Hilfe des JobCenters, damit sich die Lage wieder ändert und sich neue Projekt-mittel finden: „Im Moment halten wir die ‚Mobile Tafel‘ mit einem enormen Kraftaufwand aufrecht“, sagt sie. „Aber die ehrenamtlichen Helfer und wir wollen die bedürftigen Menschen nicht im Stich lassen.“

Bernd Schüler

K o n t a k t

Gefas – Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht e. V.
 Soziales Zentrum Erkner
 Sonja Krämer
 Fichtenauer Weg 44
 15537 Erkner
 Tel.: 03362/502109
 E-Mail: kraemer@gefes-ev.de
 www.gefes-ev.de

AUTO BAYER GRUPPE



Alzey • Nieder-Olm • Wiesbaden
WIR MITTEN IN RHEIN-MAIN

Wir bieten **Sonderkonditionen** für den Kauf von Ford Neufahrzeugen für **Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes** und deren Mitarbeiter:

Ford Modell	Nachlass f. Einrichtungen in %	Nachlass f. Mitarbeiter in %	Nachlass f. Menschen mit Behinderung in %	Transportkosten (Händlervorfracht)
Ka Ambiente	26	23	20	480,- €
Ka	30	25	22	480,- €
Fiesta	28	25	22	480,- €
Fusion	28	25	22	480,- €
Focus	27	25	22	540,- €
C-Max / Grand C-Max	27	25	22	540,- €
Mondeo	25	25	22	590,- €
S-Max	27	25	22	590,- €
Galaxy	27	25	22	590,- €
Kuga	23	25	22	590,- €
Transit Connect kurz	26	25	23	660,- €
Transit Connect lang	31	31	29	660,- €
Transit Front	37	37	34	830,- €
Transit Heck	37	37	34	830,- €
Ranger	32	32	31	660,- €

Stand: Januar 2012

- **1 % mehr Nachlass auf alle Pkw-Modelle** bei Kauf bis zum 30.06.2012 für Einrichtungen und Mitarbeiter.
- **Erhöhung der Ford Transit Konditionen auf 37 %** bis zum 30.06.2012.

Schnellstartwochen 2012!

z.B. Ford Fiesta Trend 5-Türer

1,25l Duratec 44 kW (60 PS)

Ausstattung:

- Radio/CD
- Klimaanlage
- Zentralverriegelung
- u.v.m.



Preis für Einrichtungen: € 10.990,-

Sie sparen: € 4.100,-

Alle angegebenen Preise sind Bruttopreise inkl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer und inkl. Transportkosten.

Anfragen richten Sie bitte an:

anfrage_paritaet@autohaus-bayer.de

Autohaus Bayer GmbH

Weinheimer Landstr. 33
 55232 Alzey

Telefon (06731) 96 21-0
 Telefax (06731) 96 21-75

www.ford-bayer.de

Geschützter Online Zugang 'Wohlfahrt'

Beantragen Sie Ihren **persönlichen Zugang!** Damit erhalten Sie regelmäßig Informationen zu Sondermodellen und aktuellen Konditionen.



Vor dem Schlafen Schafe zählen

Die Stadtteilmfarm in Bremen-Huchting – ein ganz besonderer Platz für Kinder

Eine Tierfarm mitten in der Stadt. Dort machen Kinder, was in engen Wohnsiedlungen viel zu kurz kommt: Sie toben draußen und erleben die Natur zu jeder Jahreszeit. Sie kümmern sich um Ponys, Ziegen, Hühner und Schafe und lernen so, Verantwortung zu übernehmen. In Bremen-Huchting gibt es das seit 20 Jahren.

Vor Herkules, dem Angoraziegenbock, hat Annalena Respekt. Noch blinzelt er gelangweilt aus dem Stall. Annalena deutet mit der Hand auf Hera, die andere Angora-Ziege, die bereits neugierig auf die Besucher zusteuert. „Herkules beschützt Hera“, erklärt sie. Und das könne unangenehm werden. Einmal, da habe er sie mit seinen krummen Hörnern in den Bauch geboxt. Erst als Sigrun Bösemann ihr verspricht, den stolzen Herkules zurückzuhalten, wenn er frech wird, wagt sich das Mädchen mit der Rotkäppchenmütze ins Gehege. Bösemann, die stellvertretende Leiterin der Stadtteilmfarm Huchting, beruhigt: „Wir gehen hier auch mit Kindergartenkindern rein.“

Annalena und Alina sind beide acht Jahre alt und wohnen in der Nachbarschaft. An diesem regnerischen Januartag hat sie die geplante Party auf die Stadtteilmfarm gelockt. Noch ist Zeit für eine kleine Führung. Sie stellen die Zwergziegen Hari und Bo vor und versuchen, die Minischweine aus ihrem Stall zu locken. Doch die sind zu träge. Und was macht ihr normalerweise mit den Schweinen? „Wir bürsten sie und streicheln sie ein bisschen“, sagt Alina. Als die Mädchen das Gehege wieder verlassen, kräht der Hahn nach Leibeskräften. Offenbar will er die drei Hühner beeindrucken, die hinter ihm stehen. „Das sind seine Freundinnen“, erklärt Alina.

TV-Hilfe: In 72 Stunden entsteht die Stadtteilmfarm

Der Bremer Stadtteil Huchting war früher ein dörflicher Stadtteil. Einfamilienhäuser gibt es hier immer noch. Aber in den Sechziger und Siebziger Jahren ist er um mehr als 3.000 Sozialwohnungen gewachsen. Die Straßenzüge mit überwiegend viergeschossigen Wohnblocks



Alina und Annalena streicheln die Ziegen, Markus das Pony Moritz.
Fotos: Gerlinde Geffers

gelten als Gebiete mit besonderem Förderbedarf. Hier lebt etwa ein Viertel der Familien von staatlicher Unterstützung, rund die Hälfte der Bewohnerinnen und Bewohner hat einen Migrationshintergrund. Am Ponystall hängt das Schild „Bitte nicht füttern“ in drei Sprachen: Deutsch, Türkisch, Russisch.

Wie eine Oase zwischen den Siedlungen

Die Stadtteilmfarm am Sodenmattsee liegt wie eine Oase zwischen den Siedlungen. Ihre Entstehungsgeschichte ist Legende: Fünf Jahre lang hatte der Verein „Stadtteilmfarm“ versucht, einen Spielplatz jenseits von Häuserschluchten und Straßen zu schaffen. Die Kinder sollten dort Hütten bauen, Feuerplätze anlegen, Tiere pflegen. Pläne gab es, allein das Geld fehlte. Im Oktober 1991 gelang es dann dem TV-Moderator Ingo Dubinski im Rahmen der Sen-



dung „Jetzt oder Nie“ die Stadtteilmfarm buchstäblich aus dem Schotterboden zu stampfen. Ohne Geld in 72 Stunden. Zimmerleute bauten ein Fertighaus und eine Scheune, Gartenbauer pflanzten Obstbäume und Sträucher auf frisch gelieferten Mutterboden, ein Reitplatz wurde angelegt, eine Weide eingezäunt bis schließlich ein Pferd, Schafe und Hühner Einzug hielten. „Hier sind die Kinder für die Tiere und die Tiere für die Kinder da“, sagte der Moderator zum Einweihungsfest.

Das ist noch heute so. Jeden Nachmittag helfen die Acht- bis Zwölfjährigen, die Ställe auszumisten. Täglich führen sie die Ponys und den Esel um den See. „Moritz bockt manchmal“, erzählt Alina. Da müsse immer ein Erwachsener hel-

fen. Die brave Nessie könne auch sie alleine führen. Ob Schafe, Ziegen oder Schweine – für jedes Tier gibt es ein Programm. „Manchen Kindern reicht es, die Tiere zu berühren“, sagt Sigrun Bösemann. Andere wollen alles über die Tiere wissen. Warum das Fell so dick ist, was sie fressen, was mit der Wolle passiert, die der Schäfer im Frühjahr schert. Das können sie übrigens auch ausprobieren: Die Kinder filzen mit der Wolle.

Verlässlich und verantwortungsbewusst
Gegen Abend füttern die Mädchen und Jungen die Schafe, Ponys, Esel, Laufenten, Hühner, Katzen, Ziegen und Gänse. Wer welche Tiere versorgt, besprechen sie beim Nachmittagstea. „Kinder, die oft hier sind, wissen manchmal besser als die Mitarbeiter, worauf sie achten müssen“, sagt Sigrun Bösemann. Das zeigt, wie verlässlich und verantwortungsbewusst Kinder werden, wenn sie bei der täglichen Tierpflege mitwirken. Und es hilft den häufig wechselnden Praktikanten, Freiwilligendienstlern und Ein-Euro-Jobbern, sich schnell zurecht zu finden. „Beziehungsarbeit“ nennt Sigrun Bösemann den Kern der tiergestützten Pädagogik. Die Kinder gestalten Beziehungen zu Tieren, zu Kindern, zu Erwachsenen. Sie erleben, dass Tiere ihnen vorurteils-

frei begegnen, wenn sie respektvoll mit ihnen umgehen. Sie spüren, dass sie sich Zeit nehmen und zuverlässig sein müssen, damit die Tiere ihnen trauen. Simon erlebt das zum Beispiel bei den Schafen. Am liebsten mag er Pünktchen und Karl. „Die kann man so schön streicheln“, sagt Simon. Er kraut Pünktchen und zeigt auf ihr Maul: „Wenn sie leckt, dann gefällt es ihr“. Wenn sie nicht mehr mag, dann geht sie weg.

Fest verwurzelt im Stadtteil

Als vor 20 Jahren die Stadtteilmfarm fertig war, da standen ein Haus und ein Stall, ohne Wasser, ohne Strom, erzählt Farmleiter Jürgen Rieche. Das Haus mit Kindercafé und Küche ist der Treffpunkt geblieben – für zwei Euro bekommen die Kids hier mittags ein Essen. Daneben stehen heute ein Reitstall, ein riesiges Holzschiff, ein Backhaus mit Lehmofen, eine überdachte Feuerstelle und als Sensation: der Schlafstall mit Etagenbetten. Kindergruppen, die hier übernachten, können durch ein Fenster direkt zu den Schafen im Stall gucken.

„Manche Kinder und Jugendliche von damals kommen heute mit ihren eigenen Kindern“, betont Jürgen Rieche. Es wundert ihn gar nicht, dass die Stadtteilmfarm im Sommer ein Treffpunkt für Familien ist, dass Seniorinnen und Seni-

oren gern zu Besuch kommen, dass Menschen mit Behinderungen regelmäßig vorbeischaun und dass das Mütterzentrum Huchting dreimal pro Woche mit den drei- bis sechsjährigen Grashüpfern das Gelände erobert. Wie in den Anfangsjahren ist es auch heute dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu verdanken, dass die Stadtteilmfarm ein beliebter Treffpunkt ist – gut vernetzt im Stadtteil. So können die beiden Leiter mit Unterstützung aus der Stadtteilgruppe rechnen, die Fördergelder wie etwa Soziale-Stadt-Mittel vergibt. Wenn sie ihre vielen Projektstage für Kitas und Schulen vorstellen – vom Backen im Lehmofen oder Marmelade-Kochen bis zu „Farmtiere hautnah“ –, oder wenn sie Neues planen, wie etwa ein Alpaka-gehege, dann vergibt die Stadtteilgruppe gern das Gütesiegel und das Geld. Die Grundfinanzierung der Stadtteilmfarm läuft über das Amt für Soziale Dienste Bremen.

Gerlinde Geffers

Kontakt

Stadtteilmfarm Huchting
Jürgen Rieche, Sigrun Bösemann
Am Sodenmatt 15, 28259 Bremen
Tel.: 0421/588421
E-Mail: Info@stadtteilmfarm.de
www.stadtteilmfarm.de

„Jugendfarmen sind integrative Orte“

Der 1972 gegründete Bund der Jugendfarmen und Aktivspielplätze (BdJA) mit Sitz in Stuttgart ist Dachverband von circa 170 Jugendfarmen und Aktivspielplätzen in freier Trägerschaft. Die meist von Eltern- und Bürgerinitiativen gegründeten Einrichtungen engagieren sich für bessere Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die vor allem im städtischen Umfeld nur selten Raum zum freien Spiel haben (www.bdja.org). Hans-Jörg Lange, seit 1986 Geschäftsführer des BdJA, berichtet im Interview von der Arbeit der Jugendfarmen und Aktivspielplätze und den anstehenden Herausforderungen.

Gibt es ein besonderes Engagement der Jugendfarmen und Aktivspielplätze für Kinder, die von Armut betroffen sind?

Hans-Jörg Lange: Die Jugendfarmen und Aktivspielplätze, die unserem Verband angehören, machen ihre Angebote nicht für eine bestimmte Gruppe, orientieren sich mit ihren Angeboten aber natürlich an den Bedürfnissen des jeweiligen sozialen Umfelds. Sie sind offen für alle, für Kinder unterschiedlichen Alters und verschiedenster Herkunft und auch für Kinder mit Behinderungen. Unsere Einrichtungen sind von jeher integrative Orte. Ihre Angebote, die sich in der Regel an Sechs- bis 14-Jährige wenden, sind generell kostenfrei. Die Eltern müssen weder Mitglied werden noch einen Betrag da-

für zahlen, dass ihre Kinder da sind. Darin unterscheiden sich die Plätze von vielen anderen Angeboten, beispielsweise von Sportvereinen oder Musikschulen. Gerade Kinder, deren Eltern sich das nicht leisten können, finden hier einen niedrigschwelligen Zugang. Für viele Kinder, die zu Hause keine stabilen Strukturen haben, sind die Jugendfarmen und Aktivspielplätze ein sicherer Ort. Sie finden dort nicht nur andere Kinder zum Spielen, sondern immer auch erwachsene An-



Hans-Jörg Lange

Foto: Privat

sprechpartner und -partnerinnen. Das ist besonders in sozialen Brennpunkten ein wichtiges Angebot.

Wo sehen Sie für die Zukunft Herausforderungen?

Angesichts der schlechten Finanzsituation der Kommunen ist es eine wichtige Aufgabe, den Bestand unserer Jugendfarmen und Aktivspielplätze zu sichern. Die Angebote unterliegen ja dem Kinder- und Jugendhilferecht. Die Kommunen betrachten die Finanzierung aber meist als freiwillige Leis-

tung. Das hat zur Folge, dass manche gar nichts zahlen. Dabei sind die Angebote ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur und könnten so günstig von den Kommunen gar nicht gemacht werden. Eine wichtige Forderung unseres Verbandes ist daher, dass die Kommunen sich auf der Grundlage des Sozialgesetzbuches VIII an der Finanzierung beteiligen, denn dieses verlangt eine angemessene Förderung junger Menschen durch Angebote der Jugendarbeit, die sich an deren Bedürfnissen und Interessen orientieren.

Wie wirkt sich die steigende Zahl von Ganztagschulen für ihre Einrichtungen aus?

Hier ist es wichtig, Kooperationen mit Schulen auszubauen oder neue Bündnisse zu knüpfen und gemeinsam Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen, dass Schulkinder die Erfahrungs- und Erlebnisräume der Jugendfarmen und Aktivspielplätze auch künftig nutzen können. Nicht nur im Rahmen von Schulprojekten, sondern auch offene Nachmittagsangebote. Wenn dafür keine Zeit mehr bliebe, wäre das eine fatale Entwicklung.

„Ich habe noch eine Chance“

Ein Lernort fürs Leben

Das **Armutrisiko** ist besonders groß für Menschen, die keinen Schul- und Berufsabschluss haben. Sie finden häufig keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit. In Dortmund hat die **Werkhof Projekt gGmbH** speziell für diese Zielgruppe ein vielfältiges Förderpektrum entwickelt. Doch eines der Projekte, die **Produktionsschule**, muss Ende März schließen.

Milena setzt sauber einen Stich neben den anderen. Aus weißem und rosafarbenem Stoff näht sie eine Umhängetasche. Das Material zuschneiden, die Stücke umgekehrt zusammenlegen, die Innentasche festheften und alles zusammennähen. Das klappt alles schon ganz prima. Wenn die Tasche fertig ist, wird sie sich an ein Kinderkleid wagen. Eine ziemliche Herausforderung für eine Näh-Anfängerin. Doch die 17-Jährige ist überzeugt: „Das kriege ich schon hin.“ Nicht so gut bekommen hat sie die Sache mit der Schule. Mit 14 hat Milena die Hauptschule verlassen – ohne Abschluss. Danach hat sie mehrere Schulersatzmaßnahmen be-



Kleine Stiche beim Nähen können auch große Schritte in der persönlichen Entwicklung sein. Die **Werkhof Projekt gGmbH** leistet einen wichtigen Beitrag, um junge Menschen vor dauerhafter Arbeitslosigkeit zu bewahren. Foto: Ulrike Bauer

sucht. „Aber die haben mir eigentlich auch nichts gebracht“, sagt sie. Jetzt kommt Milena regelmäßig in die **Produktionsschule** der **Dortmunder Werkhof Projekt gGmbH**. Unter betriebsähnlichen Bedingungen arbeiten und lernen dort junge Frauen und Männer unter 25 Jahren mit dem Ziel, den Weg ins Berufsleben zu finden. Zwei Bereiche stehen zur Auswahl: die **Textilwerkstatt** und der **ökologische Gemüseanbau**. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer der vom **Jobcenter** geförderten Maßnahme ist es nach langer Zeit das erste Mal, dass sie morgens zeitig aufstehen und einer geregelten Tätigkeit nachgehen. Sich an feste Strukturen zu gewöhnen, ist für sie

gar nicht so leicht. Ihr Leben ist häufig von massiven Problemen geprägt: Manche sind psychisch beeinträchtigt oder familiärer Gewalt ausgesetzt, andere haben eine Suchterkrankung oder sind bereits verschuldet. Eine positive Perspektive sehen nur die wenigsten für sich. „Unser Ansatz ist es, den jungen Leuten Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, die sie motivieren, aktiv daran zu arbeiten, dass sie eine bessere Zukunft haben“, beschreibt **Agnes Hugo** den aus der **Reformpädagogik** stammenden Ansatz der **Produktionsschule**. Die 30-jährige **Diplom-Pädagogin** weiß: „Viele der jungen Leute, die unsere **Produktionsschule** besuchen, stammen aus Familien, deren

Alltag schon lange von Erwerbslosigkeit geprägt ist. Da ist niemand, der regelmäßig zur Arbeit geht.“ In der Produktionsschule erleben sie, dass es sich lohnt, in der Frühe aus dem Bett zu kommen und sich auf den Weg zu machen. Denn sie erfahren, dass die Erzeugnisse, die sie im Werkhof in Dortmund-Scharnhorst herstellen, gut ankommen. In Schulen und Kindertagesstätten ebenso wie in Seniorenwohnheimen. Denn dorthin wird beispielsweise der größte Teil des ökologisch angebauten Gemüses geliefert. Für Kitas und Schulen werden Gardinen, Vorhänge und ähnliches genäht.

Persönliche Entwicklungsschritte

„Wir gestalten die Arbeitsprozesse so, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei deren Bewältigung auch persönliche Entwicklungsschritte angehen können“, berichtet Christopher Muschalla, der Leiter der Einrichtung. Von der Auftragsakquise über die Produktplanung und Herstellung bis zur Auslieferung der Ware an die Kunden bietet sich da reichlich Gelegenheit. Wer nicht so kommunikationsstark sei, könne beispielsweise in begleiteten Kundengesprächen wichtige Erfahrungen sammeln, die für den weiteren Werdegang hilfreich seien, so Muschalla. „Häufig sind es scheinbar ganz kleine Schritte, die aber große Etappen sind auf dem Weg der jungen Leute zur Selbstständigkeit.“ Der 36-Jährige Diplom-Pädagoge, der auch Werkzeugmacher ist, betont: „Die Produktionsschule ist ein Lernort fürs Leben. Dabei stehen nicht Abschlüsse im Vordergrund, sondern Anschlüsse.“

Jobcenter stellt Förderung der Produktionsschule ein

Rund 200 junge Menschen haben seit der Gründung im Jahr 2008 die Produktionsschule durchlaufen. Voraussetzung dafür ist eine Zuweisung durch das Jobcenter, das den Teilnehmenden neben der Grundsicherung eine Mehraufwandsentschädigung zahlt. Doch mit diesen Zuweisungen ist es vom 1. April an vorbei. Die Maßnahme wurde bisher über den kommunalen Eingliederungstitel (EGT) der Arbeitsagentur finanziert, sagt Muschalla. Nachdem beim EGT im Zuge der Instrumentenreform die Mittel um 40 Prozent gekürzt worden seien,

habe das Jobcenter die Förderung zum 31. März einstellen müssen. Muschalla hofft jedoch, die bewährten Methoden der Produktionsschule in ein Folgeprojekt einfließen lassen zu können. Gemeinsam mit einer weiteren paritätischen Mitgliedsorganisation, der Dortmunder GrünBau GmbH, der dobeq GmbH, einer Tochter der Arbeiterwohlfahrt, der Stadtteil-Schule e.V. und der Stadt Dortmund hat sich die Werkhof Projekt gGmbH auf eine neue Ausschreibung der Arbeitsagentur für ein geplantes Förderzentrum beworben. „Wir möchten auf jeden Fall mit den jungen Menschen weiterarbeiten und ihnen helfen, ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern. Denn je länger ihre Integration in den Arbeitsmarkt sich verzögert, desto größer ist die Gefahr, dass sie immer tiefer in die Armutspirale rutschen“, sagt Christopher Muschalla. Besonders froh ist er daher, dass Milena, die erst seit einem Monat in der Schneiderei ist, schon eine feste Arbeitsstelle in Aussicht hat: als Verkäuferin in einer Edeka-Filiale. „Den Job habe ich mir selbst gesucht“, sagt sie stolz. Arbeiten zu gehen und Geld zu verdienen macht für sie momentan mehr Sinn, als irgendwie doch noch einen Schulabschluss zu bekommen.

Christinas Berufsziel: Altenpflegehelferin

Das sieht Christina anders. Sie will unbedingt ihren Hauptschulabschluss nachholen und besucht das Werkstattjahr der Werkhof Projekt gGmbH. Montags, dienstags und freitags arbeitet die 17-Jährige in der Kantinen-Küche des sozialen Trägers, mittwochs und donnerstags besucht sie das Agricola-Berufskolleg. Und die Aussichten, dass sie erfolgreich abschließt, stehen sehr gut. „Mathe, Deutsch, Englisch, Politik – alles in Ordnung“, sagt Christina. Woran es liegt, dass sie jetzt so gute Noten hat, aber ohne Abschluss von der Hauptschule runter ist? „Meine allerbeste Freundin hat viel geschwänzt. Und weil Freundinnen ja zusammenhalten, habe ich das auch gemacht“, sagt Christina. Jetzt ist sie froh, die Kurve bekommen zu haben. „Ich möchte nicht in Hartz IV landen“, sagt sie. „Ich finde es toll, dass ich beim Werkhof noch eine Chance bekommen habe. Die nutze ich!“ Die junge Frau hat ein Ziel vor Augen: „Wenn ich hier fertig bin,

Werkhof Projekt gGmbH

Benachteiligte Jugendliche und arbeitslose Erwachsene mit Vermittlungshemmnissen sind die Hauptzielgruppe der Werkhof Projekt gGmbH, einer Tochter der Werkstatt im Kreis Unna. Für sie hat die Mitgliedsorganisation des Paritätischen ein breites Spektrum an Fördermaßnahmen etabliert. Eine davon ist das Schülerprojekt, das sich an Jugendliche wendet, die als „unbeschulbar“ aus dem Regelschulsystem gefallen sind. Das Werkhof-Team fördert sie in ihrer Gesamtpersönlichkeit – in schulischer und beruflicher Hinsicht ebenso wie bei der persönlichen Entwicklung. Mit beachtlichen Erfolgen: Mehr als 100 Jugendliche, die als „schulmüde“ galten, haben als Teilnehmende des Schülerprojekts ihren Schulabschluss nachgeholt. Das Projekt kombiniert handwerkliche Arbeit im Metall- oder Holzbereich sowie im Gemüsebau mit sozialpädagogischer Betreuung und dem Besuch des Robert-Bosch-Berufskollegs. Das Angebot richtet sich an Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren. Einen Überblick über das gesamte Angebot der Werkhof Projekt gGmbH gibt es auf www.werkhof-projekt.de.

möchte ich Altenpflegehelferin werden.“ Da sie schon mehrere Praktika in Altenheimen gemacht hat, weiß Christina, dass ihr der Umgang mit alten Menschen liegt. „Ich bin bei meiner Oma groß geworden. Vielleicht kommt es daher, dass ich gut mit alten Leuten kann.“

Christina findet die Kombination von Arbeit im Hauswirtschaftsbereich und Schule sehr praktisch. Die Abwechslung von Praxis und Theorie erleichtert das Lernen, meint sie. Außerdem seien am Kolleg die Klassen mit zwölf Schülern viel kleiner. „Die Lehrer erklären viel ausführlicher und beschäftigen sich intensiver mit uns“, so Christina. Und auch die Betreuung beim Werkhof sei eine gute Unterstützung. „Die sind für einen da, wenn man Probleme hat.“ Das mache es auch einfacher, sich auf die Schule zu konzentrieren. Ulrike Bauer

Der Job im Supermarkt öffnet Türen

Langzeitarbeitslose werden im Rahmen des Projekts EQuIP qualifiziert

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt geht an langzeitarbeitslosen Menschen nahezu komplett vorbei, selbst im „Musterländle“ Baden-Württemberg. Gegen diese Entwicklung stemmt sich der dortige Landesverband des Paritätischen mit dem Projekt „EQuIP“ (siehe Infokasten unten). Es eröffnet Langzeitarbeitslosen eine Chance, sich für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Wie das funktioniert, zeigt die an dem Projekt beteiligte Gesellschaft für Schulung und berufliche Reintegration (sbr gGmbH) aus Stuttgart mit ihren Bonus-Supermärkten.

Auf den ersten Blick ist der Bonus-Markt in Sachsenheim, einer Kleinstadt bei Stuttgart, ein Supermarkt wie viele andere auch. Aber nicht ganz. Denn: Sechs der zehn Beschäftigten werden hier ein Jahr lang darauf vorbereitet, nach einer langen Zeit ohne Job endlich wieder einen vollwertigen Arbeitsplatz zu ergattern. So wie Peter Heinle. Eine Krankheit hatte ihn aus seinem Beruf als Zimmermann geworfen, der Beginn einer zehnjährigen Phase voller Leiden und Frust. Als ihn dann die Arbeitsagentur auf Bonus aufmerksam machte, griff der 46-Jährige zu. „Einzelhandel ist für mich zwar ein völlig neues Metier, aber es ist super“, freut sich Peter Heinle. Und er ist überzeugt: „Anders hätte ich keine Chance gehabt.“ Was das Bonus-Modell von anderen Qualifizierungsmaßnahmen unterscheidet: Alle Teilnehmenden werden wie reguläre

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer behandelt. Sie erhalten einen Arbeitsvertrag, bekommen monatlich ihr Geld aufs Konto überwiesen und zahlen in die Sozialversicherung ein. „Das gibt ihnen Motivation und Bestätigung. Die Leute haben das Gefühl, wirklich gebraucht zu werden, etwas für ihr Geld zu schaffen“, weiß Personalentwickler Volker Zillmann von der Trägergesellschaft sbr, die die Bonus-Kette betreibt. Mehr noch: Bei der späteren Jobsuche „öffnen sich die Türen für unsere Leute anders, als wenn sie sich aus der Arbeitslosigkeit heraus bewerben würden“.

„Marktnah“ ausgerichtet

Denn, so Volker Zillmann, das Qualifizierungsangebot bei Bonus ist „marktnah“ ausgerichtet. Für alle Teilnehmenden wird ein individueller Plan zur „beruflichen und persönlichen Quali-



Peter Heinle hat die Arbeit im Bonus-Markt neue Perspektiven eröffnet.

Foto: Bernd Kleiner

Das Ziel: reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeit

„Wir schaffen Arbeit!“ Dieser Slogan bringt den langen Namen „Europäische Partnerschaft zur Qualifizierung und Integration mit Perspektive (EQuIP)“ auf den Punkt. Das vom Europäischen Sozialfonds und vom baden-württembergischen Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien, Frauen und Senioren geförderte Projekt des paritätischen Landesverbandes soll langzeitarbeitslosen Frauen und Männern, die älter als 45 Jahre sind und/oder einen Migrationshintergrund haben, den Weg zu ei-

ner regulären sozialversicherungspflichtigen Arbeit ebnen: über gezielte Qualifikation oder als Trainee in einem sozialen Beschäftigungsunternehmen. Als Partner hat der Verband drei gemeinnützige Beschäftigungsträger ins Boot geholt: die ArbeitsFörderGesellschaft Ortenau in Offenburg (Afög), die Arbeits-, Kultur und Selbsthilfe gGmbH (AR-KUS) in Heilbronn und die Gemeinnützige Gesellschaft für Schulung und berufliche Reintegration mbH in Stuttgart (sbr). Bis September 2013 sollen 500 Teil-

nehmende das Projekt durchlaufen und mindestens die Hälfte davon einen sozialversicherungspflichtigen Job bekommen. Wer in den regulären Arbeitsmarkt nicht zu vermitteln ist, soll ein solches Arbeitsverhältnis in einem sozialen Beschäftigungsunternehmen erhalten. Parallel dazu sollen im Rahmen eines Projektbeirats und im Austausch mit transnationalen Partnerorganisationen nachhaltige wirkende Strukturen für die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt diskutiert werden.

zierung“ erstellt, eine sozialpädagogische Begleitung flankiert das berufliche Fitmachen. Die sbr prüft darüber hinaus regelmäßig, „bei wem nachjustiert werden muss“, so Volker Zillmann. Zertifikate wie „Verkaufshilfe“, „Kasse“ oder „Stellvertretende/r Marktleiter/in“ bescheinigen später die erworbenen Kompetenzen.

„Hervorragendes Arbeitsklima“

„Wir nehmen uns viel Zeit für die Ausbildung“, betont Karsten Fischer, Marktleiter in Sachsenheim. Vom Ware einräumen bis zum Kassenabschluss „arbeiten wir wie in einem normalen Markt“, so Karsten Fischer. „Je nach Person werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt.“ Er weiß, wen er ins Dispionieren der Ware einweisen kann und wen er besser nicht an die Kasse setzt, weil die Betroffenen „einfach nicht wissen, wie man mit Geld umgeht“.

Die Lebenswege der Bonus-Beschäftigten sind denkbar unterschiedlich: Ein ehemaliger Metzger ist ebenso dabei wie eine alleinerziehende Mutter ohne Schulabschluss. Und auch die Fluktuation ist recht hoch, weil die Beschäftigungsdauer in der Regel nur ein Jahr beträgt und es vielen gelingt, in ein ungefordertes Beschäftigungsverhältnis zu wechseln. Gleichwohl herrscht laut Karsten Fischer ein „hervorragendes Arbeitsklima“. Auch von den Kunden bekomme er häufig ein positives Feedback.

Auf dem Weg zum Filialleiter

Im Vergleich zu ähnlich großen Märkten hat Bonus eine recht üppige Personaldecke. Da bleibt auch mal Zeit für ein Schwätzchen mit der Kundschaft, vor allem der älteren. „Manchmal muss man auch Seelentröster sein“, erzählt Peter Heinle. Als er vor einem Jahr begann, war „alles Neuland“ für ihn. Das Sortiment ordnen, die Mindesthaltbar-

keit kontrollieren oder an der Kasse sitzen, all diese Tätigkeiten sind ihm mittlerweile so vertraut wie früher der Umgang mit Säge und Hammer. Peter Heinle hat sich als stellvertretender Marktleiter qualifiziert – und er hat schon jetzt eine Festanstellung in der Tasche: als künftiger Leiter einer anderen Bonus-Markt-Filiale. Bernd Kleiner

Kontakt

sbr – Gemeinnützige Gesellschaft
für Schulung und berufliche
Reintegration mbH, Stuttgart
Tel.: 0711/55019-0
E-Mail: info@sbr-ggmbh.de
www.sbr-ggmbh.de

Projekt „EQulP“
beim LV Baden-Württemberg
Kordinatorin: Luzia Köberlein
Tel.: 0711/2155-172
E-Mail: luzia.koerberlein@paritaet-bw.de
www.paritaet-bw.de (Rubrik: Projekte)

„Modell eines sozialen Arbeitsmarkts“

Neues Programm in Baden-Württemberg stärkt Engagement des Paritätischen

Unter dem Titel „Gute und sichere Arbeit“ plant die baden-württembergische Landesregierung ein neues Programm, mit dem modellhaft neue Förderangebote zur Integration von langzeitarbeitslosen Menschen in den ersten Arbeitsmarkt erprobt werden sollen. Dafür hat das Land im laufenden Haushaltsjahr zehn Millionen Euro bereitgestellt.

Der Paritätische Landesverband Baden-Württemberg sieht in dem Programm einen wichtigen Schritt, die Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Menschen in den regulären Arbeitsmarkt voranzubringen und jungen Menschen zu einem qualifizierten Berufsabschluss zu verhelfen. Auf dieser Grundlage kann der Verband auch das Ausbildungsprojekt „carpo – Assistierte Ausbildung für benachteiligte Jugendliche fortsetzen und weiterentwickeln (Der Paritätische berichtete in der Ausgabe 3|2010). Das Modell kombiniert eine reguläre betriebliche Ausbildung mit einem umfassenden Dienstleistungsangebot für Jugendliche und Betriebe. Es wird von Jugendberufshilfeträgern des Paritätischen und des Diakonischen Wer-

kes Württemberg seit 2005 an mittlerweile 14 Standorten im Land sehr erfolgreich durchgeführt. Bisher konnten so rund 600 Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden.

Paritätische Forderungen erfüllt

„Das neue arbeitsmarktpolitische Programm der Landesregierung ist eine Chance, den eingeleiteten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fehlentwicklungen auf Bundesebene das Modell eines sozialen Arbeitsmarkts mit existenzsicherndem Einkommen entgegenzusetzen“, betont Hansjörg Böhringer, Geschäftsführer des Paritätischen Landesverbandes Baden-Württemberg. „Deshalb werden wir das Land zusammen mit unseren fast 150 Mitgliedsor-

ganisationen, die arbeitslose Menschen im Bereich Arbeit und Beschäftigung betreuen, bei der Umsetzung mit unserem ganzen Knowhow unterstützen.“ Das neue Programm entspreche genau dem, wofür sich der Paritätische seit Jahren vehement einsetze: möglichst vielen der rund 65.000 langzeitarbeitslosen Menschen im Land eine Arbeit und damit ein Erwerbseinkommen zu gewährleisten, das „ausreichend und existenzsichernd ist“, so Böhringer. „Denn nur mit geeigneten Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsangeboten in ausreichender Anzahl und Qualität können wir diesen Menschen eine echte Teilhabechance bieten und sie aus dem Schattendasein des Arbeitsmarktes herausholen“.

HM

Appetit auf Kunst gemacht

Paritätische Aktion in Wiesbaden brachte „Kultur für alle“

Vom Ballettabend bis zum Kindertheater: Eine Aktion der Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden des Paritätischen hat einkommensschwachen Menschen kostenlose Kulturerlebnisse beschert. Das Programm war ein großer Erfolg. Doch Freikarten allein garantieren noch keinen großen Zuspruch, wie Regionalgeschäftsführerin Heike Lange erfuhr.

Wiesbaden ist hessische Landeshauptstadt und zugleich ein ebenso traditionsreicher wie eleganter Kurort. Sein kulturelles Angebot fällt entsprechend hochkarätig und vielschichtig aus. Doch diese Fülle bleibt nach Angaben des Paritätischen mehr als 20 Prozent der Wiesbadener Haushalte verschlossen: Sie sind auf Leistungen zur Existenzsicherung angewiesen, die üblichen Theater- oder Konzerttickets sind da nicht mehr drin.

Erste Gedanken zur Änderung der Situation gab es schon vor der Initiative des Paritätischen. Heike Lange berichtet von der örtlichen Arbeitsgemeinschaft gegen Armut und Ausgrenzung, gebildet aus Repräsentanten der örtlichen Wohlfahrtspflege und der Stadt Wiesbaden. Dieses Gremium diskutierte zum Beispiel die Einführung einer „Wiesbaden-Karte“. Als Vorbild diente der „Frankfurt-Pass“ der Stadt Frankfurt am Main, der unter anderem zu freiem oder stark ermäßigtem Eintritt in bestimmte Kulturstätten

berechtigt. „Doch das war politisch nicht durchsetzbar“, so Heike Lange. Aber die Regionalgeschäftsstelle des Paritätischen ließ nicht locker. Gemeinsam mit fünf Mitstreitenden aus Mitgliedsorganisationen bildete Heike Lange eine Projektgruppe, die nach einem Weg zu mehr kultureller Teilhabe für Menschen mit geringem Einkommen suchte. Nach manch „verrückter Idee“ (Lange) gelangte das Team zu dem Konzept, aus dem bestehenden Veranstaltungsangebot in Wiesbaden ein Programm zusammenzustellen und dazu Freikarten für die Zielgruppe zu bekommen. „Das hieß Klinken putzen“, sagt Heike Lange.

„Mittendrin – Kultur entdecken“

Das Werben hatte Erfolg. Die Projektgruppe gewann 18 Partner, darunter Theater, Museen, ein Kino, das Kulturamt der Stadt, eine Lokalzeitung, aber auch paritätische Mitgliedsorganisationen mit kulturellem Angebot. Aus dieser Kooperation erwuchs ein buntes Programm unter dem Motto „Mittendrin – Kultur entdecken“. Es umfasste 26 Veranstaltungen, verteilt über sechs Wochen: Konzerte, Theateraufführungen, Zirkusshows, Ausstellungen, Stadtführungen. Eine Vielfalt, die nach dem Wunsch des Paritätischen für alle Generationen attraktiv war. Der Plan ging auf. Von insgesamt 492 Freikarten gingen 357 weg. Sie wurden vor allem über die beteiligten Organisationen im Verband verteilt. „Die Kinderveranstaltungen waren sofort ausgebucht“, sagt Heike Lange.

Doch die Gratisbillets allein hätten diesen Erfolg nicht bewirkt, stellt die Regionalgeschäftsführerin rückblickend fest: „Man muss den Leuten Mut machen, zu den Veranstaltungen zu gehen.“ Weil die gewohnten Ansprechpartner der sozialen Einrichtungen meist mit von der Partie

waren, haben sich laut Heike Lange die Teilnehmenden dann auch in die für sie so fremde Umgebung getraut. „Etliche haben sich gefragt, ob sie überhaupt die richtige Kleidung fürs Theater oder Konzert haben“, so Lange. Solche Befürchtungen müssten erst einmal abgebaut werden. Für viele der Angesprochenen sei schon der Weg zu den Kulturstätten ein Hindernis, „sie verlassen ihren Kiez normalerweise nicht“. Um ihnen Kultur „schmackhaft zu machen“, sollten sich zudem die Ankündigungen im Programmheft „an der Zielgruppe orientieren“, bemerkt Heike Lange selbstkritisch mit Blick auf den eher feuilletonistischen Stil ihrer Broschüre.

Viele Besucherinnen und Besucher hoffen nach Angaben der Regionalgeschäftsstelle nun auf ein neuerliches Angebot in diesem Jahr. Beteiligte Kulturtreibende haben ebenfalls Interesse signalisiert. Die Geschäftsführerin würde das „Baby“ gern am Leben halten. Aber ohne personelle Verstärkung sei es schwierig, aus dem Projekt eine dauerhafte Institution zu machen, so Heike Lange. Für einen uneingeschränkten Zugang zur Kultur wäre nach ihrer Meinung eher eine „Wiesbaden-Karte“ für Menschen mit Existenzminimum das ideale Instrument: „Das würde die Schwelle absenken“ – und Kultur für alle zu etwas Selbstverständlichem machen.

Bernd Kleiner



Heike Lange mit dem Werbeposter für die Aktion „Mittendrin – Kultur entdecken“. Foto: Bernd Kleiner

Kontakt

Der Paritätische (LV Hessen)
Regionalgeschäftsstelle Wiesbaden
und Rheingau-Taunus-Kreis
Heike Lange, Tel.: 0611/3085664
E-Mail: paritaet.wiesbaden@
paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org



Der Mittagstisch im Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach kommt auch bei Laura (9) und Noah (6) gut an. „An Tagen, an denen wir nach der Schule noch Termine haben, ist es total praktisch, mit den Kindern zum Essen herkommen zu können“, sagt ihre Mutter Britta (hinten links).

Foto: Ulrike Bauer

Gesellschaftlicher Ausgrenzung begegnen

Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe im Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach

Rund 38.000 arbeitslose Menschen und deren Angehörige leben in Mönchengladbach von Hartz IV. „Doch trotz dieser hohen Zahl spielen diese Menschen in der Öffentlichkeit hier quasi keine Rolle“, sagt Karl Sasserath, Leiter des Arbeitslosenzentrums Mönchengladbach. „Das Problem der Arbeitslosigkeit wird immer noch individualisiert.“ Die Anfang der 80er-Jahre gegründete Initiative betrachtet es daher als zentrale Aufgabe, der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Arbeitslosen entgegenzuwirken und öffentlich ihre Interessen zu vertreten. Und selbstverständlich trägt sie auch mit konkreten praktischen Hilfen dazu bei, die individuelle Lage der Betroffenen zu verbessern.

Ein verführerischer Duft von gebratener Paprika zieht aus der Küche. Köchin Ella Heiniz und Küchenhilfe Marina Nemtseva schmurzeln in einer riesigen Pfanne ein köstliches Schweinegulasch. Dazu gibt es Nudeln oder Reis und Salat, vorher eine Suppe und danach Obstsalat aus frischen Früchten oder leckeren Kuchen. Rund 60 Mittagessen bereiten die beiden Frauen von montags bis freitags täglich in der überschaubaren, um nicht zu sagen kleinen Küche zu. Eine logistische Herausforderung. Mehr Platz, das wäre schon toll. Es würde die Arbeit leichter machen. Das weiß auch ihr Chef Karl Sasserath. Doch was er nicht weiß: wie er den Umbau bewerkstelligen soll. Seit knapp drei Jahrzehnten gibt es jetzt das Arbeitslosenzentrum in Mönchengladbach. Und Sasserath, der zu den Mitbegründern zählt, hat nicht ein Jahr erlebt, in dem er sich nur auf das konzentrieren konnte,

was er seine „eigentliche Arbeit“ nennt – und nicht um die finanzielle Absicherung des Arbeitslosenzentrums kämpfen musste. „Meine Kollegen und ich haben mehrfach die Kündigung gehabt und als Arbeitslose ehrenamtlich weitergearbeitet.“

Soziale Tradition

„Mönchengladbach war früher Zentrum des Sozialkatholizismus“, startet Diplom-Sozialarbeiter Sasserath einen Ausflug in die Vergangenheit. „Hier war der Hauptsitz des Volksvereins für das katholische Deutschland, die größte katholische Laienorganisation im früheren deutschen Kaiserreich. Viele Priester und Gewerkschafter wurden hier geschult, ebenso Politiker der Zentrumspartei.“ Dieser historische Hintergrund habe der Arbeitslosen-Selbsthilfeinitiative sehr geholfen, als sie sich 1982 gründete und schon bald ein ehemaliges Jugendheim

in der Lüpertzender Straße von der Stadt kostenlos als Domizil überlassen bekam. Doch das betagte Gebäude hätte jetzt dringend ein Lifting nötig. „Wir würden nicht nur gerne die Küche umbauen, sondern das Haus auch barrierefrei gestalten“, sagt Karl Sasserath. Aber da der Verein nicht der Besitzer ist und bislang auch kein Erbbaurecht hat, ist nicht nur die finanzielle Frage problematisch, sondern auch die Realisierung der Umbaupläne. Und woanders hinziehen möchte der Verein nicht. „Hier sind wir gut sichtbar mitten in der Stadt, wo jeder uns findet, und wo unsere Präsenz auch ein Signal ist, dass die Arbeitslosigkeit nach wie vor ein Thema ist, dessen sich Politik und Gesellschaft annehmen müssen“, so der 58-Jährige.

Immerhin: Die Stadt hat bis Ende 2013 den Vertrag verlängert, auf dessen Basis sie jährlich 1.420 Fachleistungstunden für die Sozialberatung beziehungsweise



Karl Sasserath und Jürgen Bahr (von links) haben mit ihrem jahrzehntelangen Engagement das Profil des Mönchengladbacher Arbeitslosenzentrums geprägt. Vorstandsmitglied Wilfried Schulz (rechts) zieht mit ihnen an einem Strang. Foto: Ulrike Bauer

psychosoziale Betreuung finanziert – als Leistung zur Eingliederung nach Paragraph 16 des Sozialgesetzbuches II. „2011 lagen wir aber fast 300 Stunden darüber, weil ein enormer Beratungsbedarf besteht“, sagt Karl Sasserath. „Die zusätzlichen Stunden müssen wir selbst finanzieren.“ Insgesamt wandten sich 2011 mehr als 3.000 Ratsuchende an das Arbeitslosenzentrum. Zum Glück erhält die Einrichtung seit dem Regierungswechsel zu Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen auch wieder Geld vom Land, und zwar im Rahmen des Programms zur Förderung von Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen, das aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert wird.

„Unter Schwarz-Gelb haben wir um unsere Existenz gebangt“, sagt Vorstandsmitglied Wilfried Schulz. „In der Zeit mussten in NRW von 144 Arbeitslosenzentren 100 schließen.“ Das Mönchengladbacher hätte es auch getroffen, wären da nicht der Leistungsvertrag mit der Stadt gewesen und die Unterstützung einiger Stiftungen. Und was wohl ebenso wichtig ist, das „soziale Kapital“ des Arbeitslosenzentrums. Über die Jahrzehnte hat die soziale Initiative enorme Kompetenzen erworben, die nicht nur die arbeitslosen Besucher schätzen, sondern auch viele Institutionen und Organisationen, die vom großen Know-how profitieren. „Wir sind in der Stadt und im Kreis sehr gut vernetzt“, betont Jürgen Bahr, der ebenfalls zur Gründergeneration des Arbeitslosenzentrums gehört und hauptsächlich in der Sozialberatung

aktiv ist. 1984 bekam der ehemalige Kraftfahrzeugschlosser, der arbeitslos geworden war, als ABM-Kraft im Arbeitslosenzentrum eine Stelle. Seit seinem Arbeits- und Sozialrechtsstudium hat er sich umfassende Kenntnisse über das Leistungsrecht und die Zuständigkeiten der verschiedensten Sozialleistungsträger erarbeitet – von der Agentur für Arbeit über Rentenversicherungsträger, Kranken- und Pflegekassen, Amt für Wohngeld und Familienkasse bis zum BaFöG-Amt. Darüber hinaus berät er auch in psychosozialen Fragen, ebenso wie Karl Sasserath und seine Kollegin Irene Fischer, die den Ratsuchenden zudem bei Bewerbungen hilft.

Raus aus Isolation und Resignation

Umfassende Hilfe rund ums Thema Arbeitslosigkeit – das ist die Devise des Arbeitslosenzentrums. Und wo man selbst an Grenzen stößt, weiß man, welche andere Stelle helfen könnte. Ebenso wichtig ist aber die Hilfe zur Selbsthilfe. „Wir schaffen für die Menschen, die zu uns kommen, eine Möglichkeit, der Isolation und Resignation zu entkommen, in der sie sich häufig befinden. Sie können sich hier mit anderen austauschen, soziale Kontakte knüpfen und sich häufig auch wieder positive Zukunftsperspektiven erarbeiten“, sagt Karl Sasserath. Nicht nur Arbeitslose, von denen viele seit Jahren ohne Job sind, kommen ins Zentrum, sondern auch Erwerbstätige, die mit Zeitarbeit und Niedriglohn mehr schlecht als recht über die Runden kom-

men, oder ältere Menschen mit karger Rente. Auch viele Zugewanderte sind dabei. „Wir haben mal gezählt: Zu den 1.000 Besuchern, die mehr oder minder regelmäßig hier sind, gehören Menschen aus 50 Nationen“, so Jürgen Bahr.

Ehemaliges Zentrum der Textilindustrie

Mönchengladbach gilt als „Manchester Deutschlands“, sagt Karl Sasserath. „Es war früher eine bedeutende Industriestadt. Hier gab viele Textilfabriken.“ Als die Anfang der 1980er Jahre die Produktion ins Ausland verlegten oder ganz dicht machten, stieg die Arbeitslosigkeit sprunghaft an und blieb bis heute mehr oder minder auf diesem hohen Niveau. Der Verein Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach mit seinen 80 Mitgliedern ist überzeugt, dass er auch weiterhin gebraucht wird. „Unser Angebot ist ein nicht zu unterschätzender Beitrag, um den hinlänglich bekannten negativen Folgen der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken“, betont Karl Sasserath. „Wir helfen den Betroffenen, ihre wirtschaftliche und psychosoziale Lage zu stabilisieren oder zu verbessern und so ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten oder wiederzuerlangen.“ Der Mittagstisch, für den es gar keine öffentliche Unterstützung gibt, müsste eigentlich auch als Beitrag zur Gesundheitsprävention gefördert werden, meint er. Jeden Tag für zwei Euro ein leckeres, frisch gekochtes und vollwertiges Menü in geselliger Atmosphäre angeboten zu bekommen, macht das Arbeitslosenzentrum für viele Besucher zu einer wichtigen Anlaufstelle. Etliche kommen schon seit Jahren: der ehemalige Schriftsetzer Dietmar, die 55-jährige Rosa und der 49-jährige Bojan beispielsweise, der auch Vereinsmitglied ist und nicht nur das „klasse Essen“ lobt und die Möglichkeit, Freundschaften zu schließen, sondern vor allem auch die gute Beratung.

Ulrike Bauer

Kontakt

Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach e.V.
Lüpertzender Str. 69
41061 Mönchengladbach
Tel.: 02161/20194-95
E-Mail: info@arbeitslosenzentrum-mg.de
www.arbeitslosenzentrum-mg.de

Ständige Angst ist ein Risiko für Mutter und Kind

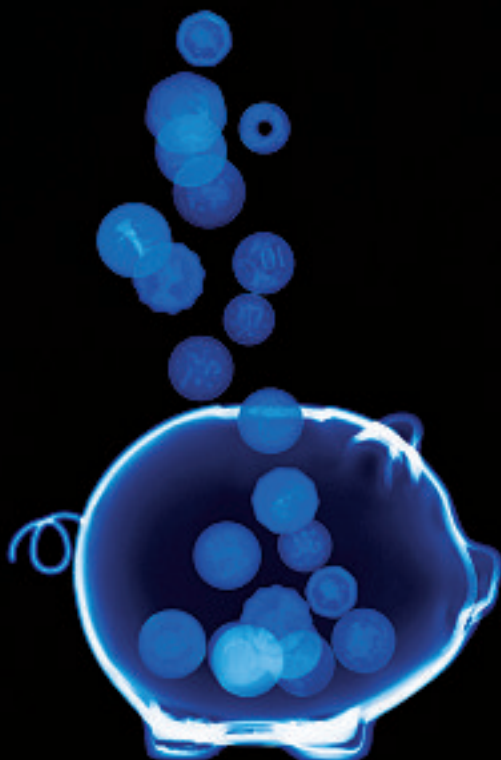
Balance unterstützt Schwangere, die ohne legalen Status in Berlin leben

Bloß nicht auffallen! Menschen, die ohne legalen Aufenthaltsstatus in Deutschland leben, haben ständig die Angst vor der Abschiebung im Nacken. Viele hangeln sich, da sie keine Arbeitserlaubnis haben, von einem schlecht bezahlten Job zum anderen oder werden von Angehörigen durchgeschleppt. Was aber ist, wenn Frauen unter diesen Umständen schwanger werden? Wie sieht es ohne Krankenversicherung mit Vorsorgeuntersuchungen aus, wohin können sie zur Entbindung gehen? Antworten auf diese Fragen gibt das Familienplanungszentrum – Balance (FPZ) in Berlin-Lichtenberg. Es macht sich seit Jahren für eine angemessene und flächendeckende medizinische Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus stark und behandelt seit 2006 auch schwangere Migrantinnen, die keine Krankenversicherung ha-

ben. „Unsere Erfahrungen zeigen, dass eine rechtzeitige Betreuung dieser Frauen hilft, Schwangerschaftsrisiken zu erkennen, ihnen entgegenzuwirken und so Komplikationen und das Sterblichkeitsrisiko von Mutter und Kind deutlich zu senken“, sagt Gynäkologin Dr. Katrin Wolf von Balance. „Die meisten schwangeren Frauen ohne Papiere, die im FPZ betreut werden, gehören aufgrund ihrer schwierigen psychosozialen und ökonomischen Situation zu einer Risikogruppe. Daher ist es wichtig, dass sie so früh wie möglich die spezifischen Angebote zur Schwangerenvorsorge nutzen, um Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt zu vermeiden.“ Das unbürokratische und sehr preiswerte Angebot, das auch Übersetzungshilfen umfasst, ist inzwischen im Bezirk gut bekannt. „Früher kamen die Frauen oft erst, wenn ihre Schwangerschaft schon

weit fortgeschritten war, inzwischen sehen wir sie deutlich früher“, sagt Katrin Wolf. „Dann können wir im Rahmen der Ultraschall- und Blutuntersuchungen schauen, ob mit Mutter und Kind alles in Ordnung ist, ob das Kind gut versorgt ist, keine Schwangerschaftsdiabetes oder eine Infektionskrankheit vorliegt oder die Gefahr einer Frühgeburt besteht.“ Nach Möglichkeit versucht das Zentrum auch, den Frauen zu helfen, ihren Aufenthalt zu legalisieren. Das Gros von ihnen kommt aus Vietnam und einigen afrikanischen Ländern. 2011 waren es rund 50 Schwangere. Das FPZ stellt auch den Kontakt zu Kliniken her, in denen die Frauen entbinden können. Kontakt: Familienplanungszentrum – BALANCE, Mauritiuskirchstraße 3 10365 Berlin, Tel.: 030/236 236 80 E-Mail: balance@fpz-berlin.de www.fpz-berlin.de

Anzeige



Wir bringen Licht ins Dunkel.

Zum Beispiel beim Fundraising.
Das neue BFS-Net.Tool XXL für das Internet-Fundraising. Mehr brauchen Sie nicht.
Für BFS-Kunden kostenlos.

Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.
Die Bank für Wesentliches.

Berlin · Brüssel · Dresden · Erfurt · Essen · Hamburg
Hannover · Karlsruhe · Köln · Leipzig · Magdeburg
Mainz · München · Nürnberg · Rostock · Stuttgart



Bank
für Sozialwirtschaft



Mara Dehmer vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge (vordere Reihe rechts) und Dr. Joachim Rock, Leiter der Abteilung Arbeit, Soziales und Europa beim Paritätischen Gesamtverband (zweiter von rechts), begrüßten zur Tagung „Jugendhilfe in benachteiligten Stadtteilen in Deutschland und Europa“ Teilnehmende aus ganz Deutschland. Foto: Ulrike Bauer

Eine gute Basis fürs Aufwachsen schaffen

Fachtagung stellt Jugendhilfe in benachteiligten Stadtteilen in den Fokus

Die Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe hat Schnittstellen zu vielen anderen Bereichen: zur Gemeinwesenarbeit, zur Arbeitsmarktförderung, zur Schule, aber auch zu Sozialämtern, zum Gesundheitswesen und zur Wissenschaft. Und das auf unterschiedlichen Ebenen: vom Lokalen über die Landes- bis zur Bundesebene. Entsprechend breit war das Spektrum der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagung „Jugendhilfe in benachteiligten Stadtteilen“, die der Deutsche Verein und der Paritätische Ende Januar in Berlin veranstalteten.

Beschäftigte von Jugend- und Sozialämtern sowie Einrichtungen der Jugendhilfe, von Wohlfahrtsverbänden, Jobcentern, Baugenossenschaften und Bildungsträgern erhielten in Workshops und Vorträgen wichtige Impulse zum Austausch über die Rolle der Jugendhilfe. Dabei ging es vor allem um Handlungsmöglichkeiten und Instrumente, die der Benachteiligung junger Menschen entgegenwirken und positive Lebensbedingungen sowie eine gute Basis für deren Aufwachsen schaffen. Professor Dr. Simon Güntner von der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg stellte europäische Strategien zur Förderung junger Menschen in benachteiligten Stadtteilen und Regionen vor. Dabei hob er hervor, dass gerade dort, wo Projekte der Jugendhilfe besonders dringend nötig seien, die Träger häufig nicht genügend Eigenmittel hätten, um Förderprogramme überhaupt nutzen zu können. Dr. Siegfried Haller, Leiter des Leipziger

Amtes für Jugend, Familie und Bildung berichtete unter anderem, wie durch die Versäulung der unterschiedlichen Leistungsbereiche eine an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientierte Arbeit erschwert wird. „Es hängt von der Tageszeit ab, in welcher Rolle ein Kind ist“, betonte er. Und daran wiederum orientiere sich meist auch die Finanzierung der Hilfen – von der Jugendsozial- und Schulsozialarbeit über Hilfen zur Erziehung bis zur Familienbildung. „Es ist viel einfacher, für die Schule die Politik hinter sich zu bringen als für die Kinder- und Jugendhilfe“, betonte Haller. Der kommunalpolitische Streit darüber, wohin das Geld gehen solle, sei knallhart.

Praxisbezogene Workshops

Sehr praxisbezogen waren sowohl der Beitrag von Dr. Armin Kuphal über die erfolgreiche und vielfältige Gemeinwesenarbeit auf dem Saarbrücker Wackenbergr als auch die drei Workshops, die im Rahmen der Tagung angeboten wurden:

Ayfer Bayram vom Jobcenter Kiel berichtete von der Beschäftigungsförderung junger Menschen durch Arbeitsmarktpolitik und Stadtteilarbeit. Professor Dr. Stephan Wagner von der Paritätischen Bundesakademie stellte das US-amerikanische Konzept des „Community Organizing“ vor und diskutierte mit den Workshop-Teilnehmern darüber, inwiefern bürgerschaftliches Engagement Armut und Ausgrenzung entgegenwirken kann. Und Thomas Humbert vom Verein Jugendsozialarbeit Schanzenviertel informierte über die Arbeit mit Jugendlichen in einem sich wandelnden Hamburger Stadtteil.

Eine von Michael Löher vom Deutschen Verein moderierte Diskussion zu Handlungsmöglichkeiten kommunaler Jugendpolitik mit Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen, Dr. Siegfried Haller und dem Journalisten Walter Wüllenweber ist als Zusammenschnitt auf youtube zu sehen (www.youtube.com/user/DieParitaeter/videos).

„Profis für die Kita“ gesucht

Kampagne der BAGFW mit Gewerkschaften und Berufsverbänden

Auf der Bildungsmesse *didacta* in Hannover fiel Mitte Februar der Startschuss für die Kampagne „Profis für die Kita“. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und der Runde Tisch der Gewerkschaften und Berufsverbände machen mit der zweijährigen Aktion Werbung für ein Tätigkeitsfeld mit besten Zukunftsaussichten. Zugleich engagieren sie sich aber auch für bessere Rahmenbedingungen für die Einrichtungen.

Sie werden dringend gebraucht: Männer und Frauen, die es ernst meinen mit „Bildung von Anfang an“ und Spaß haben am quirligen Leben mit Kindern. Der Beruf der Erzieherin/des Erziehers ist ein Beruf mit Zukunft. Wer jetzt mit der Ausbildung beginnt und diese gut abschließt, hat es danach bei der Suche nach einer Stelle nicht schwer. Nicht zuletzt wegen des ab 2013 geltenden Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr besteht ein enormer Bedarf an neuen Fachkräften. Die Wohlfahrtsverbände sind mit ihren Kindertageseinrichtungen auf Expansionskurs. „Die Eltern vertrauen uns, weil wir gute Arbeit machen. Damit wir allen Kindern gerecht werden können, brauchen wir mehr Personal“, so die Initiatoren der Image-

Kampagne „Profis für die Kita“. Ziel sei es aber nicht nur, Personal zu gewinnen, sondern auch die Rahmenbedingungen für die Einrichtungen deutlich zu verbessern.

Förderung durch das BMFSFJ

Die vom Bundesfamilienministerium geförderte Aktion erstreckt sich in zwei Wellen über 24 Monate und soll mit Plakaten, Flyern sowie Infoveranstaltungen verschiedene Zielgruppen ansprechen. Das sind zunächst junge Menschen in der Berufsorientierungsphase. In der zweiten Phase kommen dann Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer sowie Quereinsteigende hinzu. Und auch die Politik darf sich angesprochen fühlen.

Weitere Informationen zur Kampagne gibt es auf www.profisfuertdiekita.de.

Niedersachsen: Spanning ist neuer Vorsitzender

Der Verbandsrat des Paritätischen Landesverbandes Niedersachsen hat Anfang Februar Kurt Spanning einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Spanning gehörte zuvor bereits rund zehn Jahre dem Verbandsrat des Paritätischen Niedersachsen an. Der 58-Jährige bildet nun bis zum Ende der Wahlperiode im November 2012 gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Ulla Klapproth den Vorsitz des Verbandsrats des Paritätischen Niedersachsen. Kurt Spanning tritt die Nachfolge von Horst Hüther an, der am 1. Januar 2012 verstorben ist (Siehe Nachruf auf Seite 29).

www.vielfalt-mann.de

„Vielfalt, MANN! Dein Talent für Hamburger Kitas“ lautet der Titel eines neuen Modellprojekts in Hamburg, das „MEHR Männer in Kitas“ bringen soll. Das beim Paritätischen Landesverband Hamburg angesiedelte Projekt ist eine Gemeinschaftsaktion aller Hamburger Kita-Träger und Wohlfahrtsverbände.

Derzeit sind 9,1 Prozent der pädagogischen Fachkräfte in der Hansestadt männlich. Das Projekt soll dazu beitragen, den Anteil mittelfristig auf 20 Prozent zu erhöhen.

Das Modellprogramm „MEHR Männer in Kitas“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Europäischen Sozialfonds gefördert.

Anzeige



VBLU
Versorgungsverband
bundes- und landesgeförderter
Unternehmen e. V.

Zukunft gestalten durch
betriebliche Altersversorgung
mit abschlusskostenfreien Tarifen



Direktversicherung VBLU

Die sinnvolle Ergänzung zur gesetzlichen Rente heißt VBLU. Ihre Zusatzversorgung ohne Gesundheitscheck, Gebühren & Provisionen.



Entgeltumwandlung im VBLU

Mehr Vorsorgen und dabei Steuern sparen. Nutzen Sie die Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung.



VBLU RiesterRente

Nutzen Sie für Ihre Altersversorgung eine der höchsten staatlichen Fördermöglichkeiten mit einer Quote von bis zu 90 %.



Unterstützungskasse VBLU

Arbeitgeberbeiträge steuer- & sozialversicherungsfrei einzahlen. Bei der Erweiterung Ihrer Zusatzversorgung hilft der Arbeitgeber.

„Gleich und doch verschieden“

Fachtagung zur Inklusion von Menschen mit Behinderung

Mit einer Reihe von Fachtagungen begleiten der Paritätische Gesamtverband und das Institut Mensch, Ethik und Wissenschaft (IMEW) die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Unter der Überschrift „Gleich und doch verschieden – Menschen mit und ohne Behinderung“ ging es bei der jüngsten Tagung vor allem um den gesellschaftlichen und individuellen Umgang mit Vielfalt.

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung basiert ebenso wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auf einer wichtigen Prämisse: Jeder Mensch hat die gleichen Rechte und die gleiche Würde. „Die Menschenrechte sollen uns allen die Freiheit sichern, unser Leben selbst zu gestalten“, betonte Professor Dr. Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, das als Monitoringstelle damit beauftragt wurde, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu begleiten. Die Anerkennung der Einzigartigkeit jedes einzelnen Menschen sei ein ganz zentraler Aspekt bei der Umsetzung der Menschenrechte, so Rudolf. Daraus resultiere für die Staaten die Verpflichtung, das soziale und staatliche System so zu organisieren, „dass jeder dabei sein kann, in der Politik, in der Wirtschaft, im gesellschaftlichen Leben.“ Dies unterstrich auch Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands: „Bei aller Verschiedenheit sind alle Menschen gleichwertig...“. Durch die Offenheit und Toleranz gegenüber der Verschiedenheit entstehe erst die Vielfalt, die unsere Gesellschaft voranbringe. Diese Einsicht bedinge aber auch die Verpflichtung, sich aktiv für die Inklusion einzusetzen.

„Behinderung kann jeden treffen“

Generell würden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft immer noch abgewertet, stellte Dr. Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessengemeinschaft Selbstbestimmt Leben, fest. „Behinderung kann jeden jederzeit treffen.“ Wie, das hänge jedoch nicht nur von den individuellen Beeinträchtigungen der Menschen ab, sondern

ganz besonders von Wechselwirkungen zwischen den Betroffenen und ihrer Umwelt – von Barrieren in den Köpfen ebenso wie beispielsweise von baulichen Barrieren. Häufig machten diese aus einer Beeinträchtigung überhaupt erst eine Behinderung. Dem müsse durch gezielte Maßnahmen begegnet werden, die diese Behinderung ausgleichen. Dafür sprach sich auch Dr. Jürgen Schneider, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung in Berlin aus. „Rechtliche Gleichstellung heißt noch nicht Chancengleichheit“, betonte er. Vor diesem Hintergrund hält auch Dr. Alexander Sopp von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes eine gezielte Bevorzugung von Menschen mit Behinderung gegenüber Menschen ohne Behinderung aus rechtlicher Sicht für ein legitimes Mittel zur Gleichstellung. Als Beispiel für eine solche „positive Diskrimi-

nierung“ führte er die bevorzugte Einstellung schwerbehinderter Menschen bei gleicher beruflicher Eignung an. Denn Menschen mit Behinderung sind deutlich stärker von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen als nicht behinderte Menschen.

„Mit Begriffskosmetik ist es nicht getan“

Dass nicht nur auf rechtlicher, sondern vor allem auf gesellschaftlicher Ebene die Basis für die Inklusion geschaffen werden muss, strich Professor Dr. Reinhard Markowitz, Soziologe an der Ludwig-Maximilians-Universität München heraus. Er beschäftigte sich in seinem Vortrag mit gesellschaftlichen Einstellungen und individuellen Vorurteilen gegenüber Menschen mit Behinderungen. Markowitz betonte, dass Vorurteile und Stigmatisierung unter anderem abhängig davon seien, wie bedrohlich eine Behin-



Eine Diskussion zum Thema Inklusion und Exklusion durch Sprache stand am Ende der Fachtagung „Gleich und doch verschieden“. Esther Mand (Lebenshilfe Viersen) diskutierte mit Dr. Sigrid Arnade (ISL), Dr. Katrin Grüber (IMEW) und Professor Dr. Hans Walter Schmuhl (von links).

derung von nicht behinderten Menschen erlebt werde. Die Angst um die Unversehrtheit des eigenen Körpers spiele eine wichtige Rolle. Aber auch das Wissen über Behinderungen und deren Folgen, das soziale Milieu und die kulturelle Prägung. Einen wichtigen Einfluss sieht Markowetz im direkten Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Behinderungen. Wenn dieser sich nicht nur auf flüchtige Begegnungen beschränke, sondern vom ehrlichen Interesse getragen sei, den anderen kennenzulernen, könne dies die Haltung zu Menschen mit Behinderung entscheidend beeinflussen. Dem gemeinsamen Spielen und Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung werde daher aus gutem Grund eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Professor Dr. Hans-Walter Schmuhl, Historiker, Autor und Professor an der Universität Bielefeld, widmete sich der

diskriminierenden Wirkung der Sprache, die durch die Bildung und Zuschreibung von Begriffen nicht nur unterscheidet, sondern auch trennt und damit das Denken und auch gesellschaftliche Entwicklungen prägt. Das Bemühen um eine nichtdiskriminierende Sprache müsse eingebettet sein in eine breit angelegte Politik der Inklusion, mahnte er. „Mit Begriffskosmetik ist es nicht getan.“ Als Beispiel führte er an, dass die früher übliche Bezeichnung „Krüppel“ durch „behindert“ ersetzt worden sei, dies inzwischen in der Jugendsprache aber auch eine diskriminierende Bedeutung bekommen habe.

Leichte Sprache angemahnt

Schmuhl gab auch Anregungen, wie fachliche Vorträge gestaltet werden können, damit Menschen mit Lernschwierigkeiten eine Chance haben, sie zu ver-

stehen. Mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zuvor beklagt, dass die Beiträge einiger Referenten der Tagung zu kompliziert formuliert gewesen seien. Claudia Zinke, Referentin des Paritätischen Gesamtverbandes, betonte dass das Bemühen um leichte Sprache ein wichtiges Anliegen für den Verband sei. Er begreife es als Herausforderung, sowohl bei Veranstaltungen als auch bei Publikationen das breite Spektrum der Zielgruppen entsprechend zu berücksichtigen. „Leichte Sprache – wann und für wen?“ lautete denn auch das Thema einer von fünf Arbeitsgruppen, die im Rahmen der Fachtagung zusammenkamen. Weitere Themen waren Disability Mainstreaming in der Berliner Senatsverwaltung, Blicke auf Behinderung, Design für alle und „Brücken bauen – Menschen mit herausfordernden Verhalten in der Gemeinde“.

Selbstverständlich ein Paritärer ...

Zum Tod von Horst Hüther

Horst Hüther hatte leidenschaftliche Vorlieben. Der Rock'n Roll und die Seefahrt waren zwei davon. Schlechte Kleidung und schlechter Stil waren ihm ein Graus. Mittelmaß und Mittelmäßigkeit waren überhaupt nicht seine Sache. Horst Hüther war ganz ohne Zweifel eine Persönlichkeit, jemand, den man nicht verwechseln konnte, der einem im Gedächtnis blieb, der Eindruck machte. Am 1. Januar starb Horst Hüther nach schwerer Krankheit, aber doch unerwartet einen Tag nach seinem 65. Geburtstag.

Als gelernter Maschinenbauer war er als junger Mann zur See gefahren. Später studierte er soziale Arbeit und Erziehungswissenschaft. Er arbeitete in Niedersachsen in der Drogenberatung und fand schließlich in der Lebenshilfe seine hauptamtliche Erfüllung. Weit über 30 Jahre war er in Helmstedt und Wolfenbüttel Geschäftsführer.

Nach dem Fall der Mauer widmete er sich mit ungeheurem Elan auch der Lebenshilfe in Sachsen-Anhalt. Die Situation von Menschen mit Behinde-

rung trieb ihn um. Sie lagen ihm am Herzen. Dabei sah Horst Hüther immer auch das große Ganze. Er dachte politisch. Seine Haltung war klar.

Es war auch ganz wesentlich Horst Hüther, dem der Paritätische sein armutspolitisches Profil zu verdanken hat. Bereits seit 1978 war er für den Landesverband Niedersachsen im Beirat des Gesamtverbandes aktiv. Er gehörte zu denen – damals noch Wenigen – die beharrlich die zunehmende Armutproblematik in der Bundesrepublik auf die Tagesordnung brachten und als Allererste einen Armutsbericht einforderten. Als er und seine Mitstreiter die Verbandsgremien überzeugt hatten, beließ er es nicht bei seinen Forderungen. Er war Mitautor des ersten Armutsberichtes für die Bundesrepublik Deutschland. Bis zu seinem Tode blieb er dem Paritätischen in Niedersachsen und dem Gesamtverband treu – in Niedersachsen als einer der beiden Vorsitzenden des Verbandsrats, im Gesamtverband als Mitglied des Verbandsrats und zeitweise auch des Vorstands.

Horst Hüther brauchte nie er wähnen oder betonen, dass er Paritärer sei – pathetische Reden lagen ihm ohnehin nicht –, er war es einfach, und zwar völlig selbstverständlich. Selbst dann, wenn man mit ihm vielleicht einmal den einen oder anderen Strauß auszufechten hatte, zweifelte man nie an seiner verbandlichen Loyalität und seinen besten Absichten.

Horst Hüther hat in Niedersachsen, in Sachsen-Anhalt und im Bund ein beeindruckendes Lebenswerk hinterlassen. Wir sind ihm zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten.



Foto: Paritätischer LV Niedersachsen

Ulrich Schneider
Hauptgeschäftsführer des
Paritätischen Gesamtverbandes

Paritätisches Kompetenzzentrum:

Kurzfilme zum Persönlichen Budget

Welche Aufgaben hat das Kompetenzzentrum Persönliches Budget? Und wie unterstützt es Menschen mit Behinderung dabei, das Persönliche Budget zur Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens zu nutzen? Antworten auf die Fragen gibt ein kurzer Film auf der Homepage www.budget.paritaet.org. Dort schildert in einem weiteren Film auch eine Betroffene, was ihr das Persönliche Budget bringt. Die Filme sind mit Untertiteln und Audiodescription beziehungsweise Gebärdensprache versehen.

Gesamtverband jetzt auch bei Facebook

Was tut sich im Paritätischen? Was sagt der Verband zu aktuellen sozial- und gesundheitspolitischen Fragen? Wer darüber ganz aktuell im Bilde sein will, findet Infos nicht nur auf www.paritaet.org, sondern auch auf Facebook. Dort ist der Gesamtverband jetzt mit einer eigenen Seite vertreten: www.facebook.com/paritaet. Viele weitere Infos und Möglichkeiten zum Austausch gibt es zudem auf www.sozialzentrale.de. Natürlich kommuniziert der Verband auch per Twitter und zeigt Filme auf youtube.

Demographie-Netzwerk

Im Rahmen seines Engagements zur Fachkräftegewinnung hat der Paritätische Gesamtverband sich dem bundesweiten Demographie Netzwerk (ddn) angeschlossen. Es geht unter anderem der Frage nach, wie die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen und Organisationen erhalten werden kann. Das ddn hat auch Regionalnetzwerke. Wo, das erfahren Interessierte auf www.demographie-netzwerk.de. Das Thema Fachkräftegewinnung steht im Zentrum der Arbeit des Paritätischen Kompetenzzentrums Fachkräftegewinnung (Marlis Kawohl, Tel.: 030/24636343, E-Mail: fachkraft@paritaet.org).



Mit Wohlfahrtsmarken Gutes tun

Drei ehrenamtlich Engagierte aus Mitgliedsorganisationen des Paritätischen, die sich besonders für den Verkauf der Wohlfahrtsmarken eingesetzt haben, wurden im Januar im Berliner Schloss Bellevue geehrt. Auf dem Foto von links nach rechts: Franziska Gend, die sich für Bildungsangebote des Hauses Felsenkeller Altenkirchen engagiert, Christa Hofmann, die sich für das Haus Sonne e. V. Walsheim einsetzt, und Wolfgang Müller. Er unterstützt Kindergarten-Projekte des Sozialwerks der Freien Christengemeinde Wiesbaden. Rechts neben ihm Stephan Pfannkuchen aus der Abteilung Haushalt und Finanzen des Paritätischen Gesamtverbands.

Foto: BAGFW

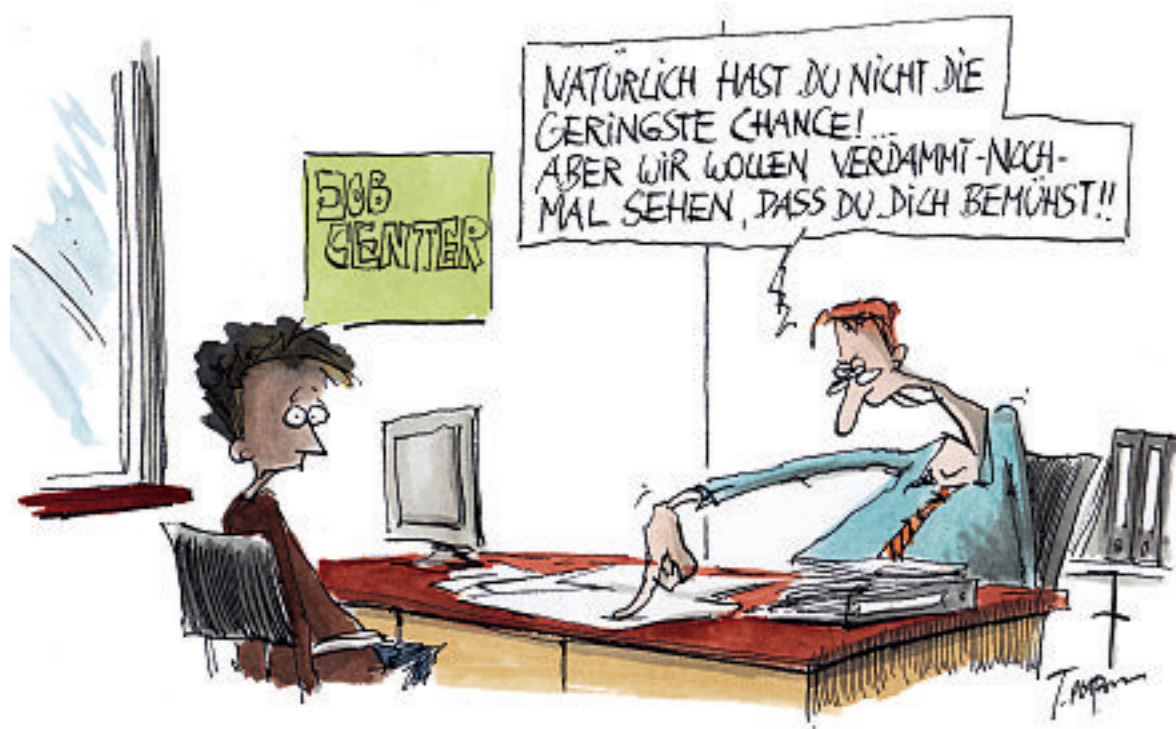
„Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen“

Dr. Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands, ist Mitunterzeichner der Erklärung „Morde aufklären, Opfer unterstützen, Rassismus bekämpfen“. In der Erklärung fordern Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen unter anderem eine umfassende strafrechtliche Aufklärung aller rassistischen Morde und Anschläge sowie den beziehungsweise Ausbau von Beratungsstellen für Opfer rechtsextremer Gewalt und eine Ausweitung der Programme zur Opferentschädigung. „Die Auseinandersetzung mit den Morden und Anschlägen und deren Aufklärung darf nicht reduziert werden auf die Bekämpfung von Gewalttaten und Naziterror durch repressive Maßnahmen oder eine stärkere Beobachtung der Neonazi-Szene. Auch die dahinter stehenden neonazistischen und rechtsextremen Grundüberzeu-

gungen müssen bekämpft werden“, heißt es in der Ende Januar publizierten Erklärung. Unterzeichnet wurde sie unter anderem auch von der Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland, dem Bund der Spanischen Elternvereine in der B.R.D. e.V., dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in Deutschland (BAGIV e.V.).

Interessierte finden die Erklärung im Internet auf der Seite www.tgd.de.

Barbara John, die Vorsitzende des Paritätischen Landesverbands Berlin, ist von der Bundesregierung zur Ombudsfrau für die Angehörigen der Opfer der Neonazi-Mordserie ernannt worden. Sie soll die Hinterbliebenen dabei unterstützen, die Folgen der rechtsextremistischen Verbrechen zu bewältigen.



Pflegereform – sofort und richtig!

Appell von Paritätischem, Volkssolidarität und Deutschem Pflegeverband

In einem gemeinsamen Appell haben der Paritätische Gesamtverband, der Deutsche Pflegeverband und die Volkssolidarität die pflegepolitischen Plänen von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr scharf kritisiert. Die angekündigten Verbesserungen seien absolut unzureichend. Eine umfassende Pflegereform mit Substanz dürfe nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Die Verbände fordern die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs noch in dieser Legislaturperiode.

Mit seinen Ankündigungen hat der Minister die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben. Dass der Minister nicht einmal einen Zeitplan für eine echte Reform vorlegt, kommt einem pflegepolitischen Offenbarungseid gleich“, sagte Dr. Eberhard Jüttner, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Die geplanten kleinen Verbesserungen erschweren nach Ansicht des Pflegeexperten sogar noch die praktische Umsetzung des Konzepts für eine umfassende Pflegereform, das der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs bereits 2009 vorgelegt hat. Ähnlich äußerte sich der Geschäfts-

führer des Deutschen Pflegeverbands: Rolf Höfert warf Bundesgesundheitsminister Bahr vor, mit seinem Vorstoß lediglich medienwirksam von seiner

„schlafenden Baustelle Pflegereform“ ablenken zu wollen. Er forderte die Bundeskanzlerin auf, in dieser immens wichtigen Angelegenheit im In-

Paritätischer und Volkssolidarität, DGB und Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe, Verbraucherzentrale und Deutsche Alzheimergesellschaft – sie alle sind sich einig: Um die Zukunft der Pflege ist es in Deutschland schlecht bestellt. Mit dem neu geschmiedeten „Bündnis für gute Pflege“ wollen sie und weitere Verbände daher Druck machen, damit die Politik endlich dem dringenden Handlungsbedarf gerecht wird.

Das Bündnis fordert insbesondere, den Pflegebedürftigkeitsbegriff so zu erweitern, dass bessere Hilfen und Unterstützung für demenziell erkrankte Menschen und deren Angehörige möglich sind. Außerdem engagiert es sich für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Pflege und für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen.
www.buendnis-fuer-gute-pflege.de

teresse der Betroffenen und ihrer Angehörigen zu intervenieren.

In dem gemeinsamen Appell „Pflegerreform – sofort und richtig!“ fordern die Verbände neben der sofortigen Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs eine wirksame Unterstützung pflegender Angehöriger durch einklagbare Rechtsgarantien, eine Neugestaltung der Pflegeausbildung sowie Reformen bei der Pflegefinanzierung. „Eine bessere Pflege erfordert mehr finanzielle Aufwendungen und den Ausbau der Pflegeinfrastruktur. Das muss solidarisch erfolgen und nicht durch eine Privatisierung des Pflegesektor“, sagte Professor Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität.

Die gemeinsame Erklärung finden Interessierte im Internet auf der Seite www.der-paritaetische.de. Dort steht auch der Forderungskatalog des Paritätischen mit Lösungsvorschlägen für die inhaltliche Gestaltung einer Pflegerreform.

Protest gegen Abschiebegefängnis

Gegen die geplante Errichtung einer „Gewahrsamseinrichtung“ für Flüchtlinge auf dem neuen Großflughafen Willy Brandt in Berlin-Schönefeld protestiert ein breites Bündnis aus Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsinitiativen und Kirchen, dem auch der Paritätische angehört. Asylsuchende, die über den Luftweg einreisen, sollen dort inhaftiert werden, um direkt am Flughafen ein aus Sicht der Kritiker rechtsstaatlich äußerst problematisches Asyl-Schnellverfahren zu durchlaufen.

Andreas Kaczynski, Vorstandsvorsitzender des Paritätischen in Brandenburg, appellierte an die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg, ihre Pläne aufzugeben und sich im Zweifel auch gegen den Bund zu stellen. Das Bündnis fordert, der „modernste Flughafen Europas“ dürfe nicht zum Symbol der deutschen und

europäischen Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge werden. Das Asyl-schnellverfahren müsse zudem generell abgeschafft werden.

(www.fluechtlingrath-berlin.de)

Infos für Ausländer

Einen Überblick über aufenthaltsrechtliche Regelungen für Ausländer sowie Ansprüche auf Sozialleistungen und den Arbeitsmarktzugang gibt die Broschüre des Paritätischen Gesamtverbands „Grundlagen des Aufenthaltsrechts und Zugang zu Sozialleistungen für Ausländer – Eine Orientierungshilfe für Migrantenorganisationen“. Sie kann als PDF heruntergeladen oder gratis bestellt werden: www.migration.paritaet.org/index.php?id=1966.

BFD-Kontingente stehen fest

3.760 Plätze für die Träger im Paritätischen im Freiwilligenjahr 2012/2013

Die kurzfristige Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im vorigen Sommer war sowohl für die Zentralstellen wie den Paritätischen als auch für die Träger eine turbulente Angelegenheit. Wegen der vielen noch offenen Fragen bezüglich der Rahmenbedingungen lief der BFD nur zögerlich an. Inzwischen zeigt sich, dass bei vielen freien Trägern die Nachfrage nach Plätzen größer ist als das Angebot, das sie aufgrund der Kontingentierung anbieten können. Denn das Bundesfamilienministerium hat nur Geld für 35.000 Plätze zur Verfügung.

Anfang Februar erfuhren der Paritätische und die angeschlossenen Träger verbindlich, mit wie vielen BFD-Stellen sie für das Freiwilligenjahr 2012/2013 rechnen können, das vom 1. September 2012 bis 31. August 2013 dauert. Der Verband konnte mit dem Ministerium ein Kontingent von 3.760 Plätzen aushandeln. „Außerdem haben wir durchsetzen können, dass die Steuerung des Kontingents über Einsatzmonate erfolgt“, betont Juliane Meinhold, Referentin für Freiwilligen- und Lerndienste. Damit hat der Verband ein wichtiges Ziel erreicht: Die Träger müssen keine bestehenden Vereinbarungen kündigen.

Schulabgänger und über 27-Jährige

Das Bundesamt hält es laut Juliane Meinhold für erforderlich, die Verteilung der Einsatzmonate so zu steuern, dass für Schulabgängerinnen und Schulabgänger im Frühherbst dieses Jahres eine nennenswerte Zahl an BFD-Plätzen zur Verfügung steht. „Andererseits gibt es beim BFD keine Begrenzung der Altersgruppe, so dass jede Zentralstelle und jeder Träger die Möglichkeit haben muss, eigene Zielgruppenkonzepte zu entwickeln“, macht die Fachreferentin klar. „Dass heißt, dass auch eine Konzentration auf die Zielgruppe der über 27-Jährigen möglich sein muss.“

Der Paritätische begrüßt ausdrücklich die seit 1. Januar geltende Neuregelung der Freibeträge für Hartz-IV-Bezieherinnen und -Bezieher, die sich im Bundesfreiwilligendienst engagieren. Sie können neben ihrem Regelsatz nun statt 60 Euro 175 Euro behalten.

Finanzielle Benachteiligung von Hartz-IV-Bezieherinnen

Juliane Meinhold: „Die Aufstockung hebt die Benachteiligung von Arbeitslosen im BFD auf und erhöht somit den Anreiz, sich im Rahmen dieses Freiwilligendienstes für das Gemeinwohl zu engagieren.“

UB

Tagungsdokumentation:

Qualifizierung und Förderung für Menschen mit Suchterkrankungen

Unter dem Titel „Beschäftigung, Qualifizierung und Arbeitsförderung für abhängigkeitskranke Menschen“ fand Mitte Januar in Berlin eine Kooperationstagung des Bundesverbandes für stationäre Suchtkrankenhilfe, der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen und dem Fachverband Drogen- und Suchthilfe statt. Die Dokumentation steht nun auf www.fdr-online.info.

Konferenzbericht: Alternativen zur Psychiatrie

Anfang September 2011 gab es in Berlin die internationale Konferenz „Auf der Suche nach dem Rosengarten: Echte Alternativen zur Psychiatrie umsetzen“. Organisiert wurde die Veranstaltung vom „Verein zum Schutz vor psychiatrischer Gewalt“, der Träger des antipsychiatrischen Wohnprojekts Weglaufhaus in Berlin ist. Auf www.weglaufhaus.de ist jetzt der Kongressbericht zu lesen.

Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen

„Sexueller Missbrauch in Schulen, Heimen, Sportvereinen, Kirchengemeinden oder Kindertagesstätten ist kein zufälliges Geschehen, sondern ein von Tätern geplantes Verbrechen. Wissen hilft, das strategische Vorgehen der Täter zu stoppen und sichere Orte für Mädchen und Jungen zu schaffen“, sagt Ursula Enders, Geschäftsführerin von Zartbitter, der Kontakt- und Informationsstelle gegen sexuellen Missbrauch in Köln. Rechtzeitig zum 25-jährigen Zartbitter-Bestehen ist jetzt von Ursula Enders ein neues Handbuch erschienen. Der Titel: „Grenzen achten! Schutz vor sexuellem Missbrauch in Institutionen. Ein Handbuch für die Praxis“ Das Buch richtet sich sowohl an Mütter und Väter als auch an PädagogInnen. (Kiepenheuer & Witsch, 416 Seiten, Paperback, 14,99 Euro)

Das besondere Produkt: Bauwagen für Kinder

Ein eigenes Reich auf Rädern

Von der modischen Designer-Tasche über schicke Wohn-Accessoires bis hin zum selbstgerösteten Espresso – immer mehr Werkstätten für Menschen mit Behinderungen oder Betriebe, in denen arbeitslose Frauen und Männer beruflich qualifiziert werden, setzen auf das Besondere: auf Produkte, die in relativ kleinen Mengen hergestellt werden und nicht nur durch Schönheit, sondern auch durch hohe Qualität bestechen. Eine Auswahl dieser Produkte stellen wir in der Rubrik „Sozialer Handel“ vor.

Er kann ein Kaufladen sein, die Bühne fürs Kasperletheater, Postfiliale oder einfach das, als was er ursprünglich konzipiert ist: ein Bauwagen. In jedem Fall lässt er Kindern im Alter zwischen drei und acht Jahren viel spielerischen Gestaltungsraum.

Gefertigt wird das mit viel Liebe zum Detail gestaltete Gefährt seit 2003 in der Tischlerei des Westküstenservice in Itzehoe. In der zur Brücke Schleswig-Holstein gehörenden Werkstatt arbeiten 18 Frauen und Männer mit unterschiedlichen psychischen Beeinträchtigungen im Alter zwischen 20 und 60 Jahren im Rahmen der beruflichen Rehabilitation. Mit Unterstützung von Tischler Ulf Schmidt stellen sie aus zwölf Millimeter dickem Multiplex-Birkensperrholz Seitenteile, Böden und Inneneinrichtung des Bauwagens her, bauen Leisten, Deichsel, Füße und Fensterrahmen aus Vollholz und stellen die fertigen Bausätze für den Versand zusammen. Fensterscheiben aus bruch sicherem Makrolon und ein absolut wasserdichtes Dach machen den wandlungsfähigen Bauwagen gartenfest. Nur zusammengebaut, angemalt

Sozialer

Handel

und je nach Bestimmung dekoriert werden muss er noch vor Ort. Ein Fundament benötigt der Spielwagen nicht. Die Deichsel mit zwei luftgefüllten Reifen ermöglicht zudem einen unkomplizierten Standortwechsel. All das macht auch den Weiterverkauf leichter, sollten die Besitzer es tatsächlich schaffen, sich jemals von ihm zu trennen.

„Unsere Idee ist ein echter Volltreffer“, sagt Einrichtungsleiter Matthias Kruit. „Wir haben auch schon Exemplare in die Schweiz, nach Österreich, Italien und in die Beneluxländer geliefert. Besonders bei Kindergärten ist er sehr beliebt.“

Der TÜV-geprüfte Wagen ist circa 1,90 Meter hoch, 1,21 Meter breit und ohne Deichsel 1,81 Meter lang. Der Bauwagen kostet samt Inneneinrichtung (zwei Hocker, ein Tisch und eine Treppe) 649 Euro. Für den Versand innerhalb Deutschlands kommen 99 Euro hinzu.

Bestellung und Informationen:

Brücke Schleswig-Holstein gGmbH
Westküstenservice
Wilhelm-Biel-Str. 5
25524 Itzehoe
Tel. 04821/6791-0.

Im Internet ist der Bauwagen zu finden auf www.bruecke-sh.de. Einfach bei Suche Bauwagen eingeben. Im Angebot ist auch noch ein Baumhaus.





Schuld und Vergebung, Hass und Versöhnung – das klingt nach einem schweren Stoff. Doch Leo Khasin ist es mit seinem Regiedebüt „Kaddisch für einen Freund“ gelungen, daraus wahrhaft gute Unterhaltung mit Tiefgang zu machen: absolut sehenswert. Zwei wunderbare Protagonisten, eine behutsame Kameraführung und Mut zur Langsamkeit machen das Stück zu einer echten Filmperle.

Der 14-jährige Ali, aufgewachsen in einem palästinensischen Flüchtlingslager, hat von klein auf gelernt, „die Juden“ zu hassen. Jetzt lebt er mit seiner Familie in Berlin-Kreuzberg – und über ihnen ein russisch-jüdischer Immigrant: der 84-jährige Alexander. Um in seiner neuen Gang Anerkennung zu finden, dringt Ali mit den anderen in dessen Wohnung ein und verwüstet sie. Während seine Kumpels fliehen, wird Ali vom zurückkehrenden Nachbarn erkannt. Als dieser ihn bei der Polizei anzeigt, muss die Familie fürchten abgeschoben zu werden. Es gibt nur eine Rettung: Ali soll den verhassten Juden um Vergebung bitten und ihn bewegen, die Anzeige zurückzuziehen... Berührend erzählt der Film, wie der alte Mann (Ryszard Ronczewski) und der Junge (Neil Belachkar) sich näher kommen, Vorurteile über Bord werfen und Menschlichkeit über religiöse Dogmen siegt. Ab 15. März im Kino. (www.farbfilm-verleih.de) UB

„Mehr als nur ein halbes Leben“

Nach ihrem hervorragenden Romandebüt zum Thema Alzheimer* hat die US-amerikanische Neurowissenschaftlerin und Psychologin Lisa Genova jetzt mit „Mehr als nur ein halbes Leben“ einen weiteren Roman geschrieben, in dem sie medizinisches Know-how spannend mit einer fiktiven Lebensgeschichte verknüpft. Die 37-jährige Sarah führt ein Leben auf der Überholspur. Die Mutter von drei kleinen Kindern arbeitet als Vizepräsidentin in der Personalabteilung eines Bostoner Consulting-Unternehmens. Sie hat Erfolg, einen tollen Mann, ein schickes Haus. Nur eines nicht: Zeit. Als sie auf dem Weg zur Arbeit total gestresst mit ihrem Mobiltelefon hantiert, rast sie auf dem Highway in einen Stau. Sarah überlebt. Doch infolge eines schweren Schädel-Hirn-Traumas kann sie ihre linke Körperhälfte weder spüren noch steuern. Und alles, was sich in ihrem linken Gesichtsfeld befindet, existiert für sie gar nicht. Die Super-Multi-Taskerin kann weder alleine essen noch sich die Zähne putzen. Und dass ihre Mutter sich sowohl um sie als auch um ihre kleinen Kinder kümmert, schmerzt die junge Frau mehr, als dass es sie freut. Denn das Verhältnis

zwischen den beiden war mehr als unterkühlt seit Sarahs kleiner Bruder ertrunken und die Mutter in einer schweren Depression versunken war. Bewegend schildert Lisa Genova, wie Sarah sich im Laufe der Monate sowohl ihrer Mutter annähert als auch einem neuen Leben. Denn in ihr altes gestresstes Dasein, aus dem der Unfall sie herausgerissen hat, will sie nicht zurück. Der linksseitige Neglect, wie ihre Erkrankung genannt wird, hat ihr Blickfeld verengt, ihr aber zugleich neue Sichtweisen eröffnet. Hier und da rutscht Lisa Genova zwar ein wenig in leicht kitschige Schilderungen ab. Doch das lässt sich angesichts der einfühlsamen und humorvollen Erzählkunst der Autorin leicht verschmerzen. „Mehr als ein halbes Leben“ ist ein zugleich unterhaltsamer wie informativer Roman mit einer wichtigen Botschaft: Ein schwerer Schicksalsschlag macht oft erst das Wesentliche im Leben sichtbar. Das kann helfen, ihn zum Guten zu wenden.

Ulrike Bauer

Lisa Genova: Mehr als nur ein halbes Leben, 380 Seiten, Lübbe, 16,99 Euro.

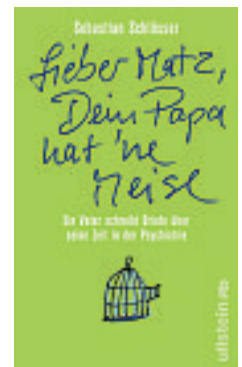
* „Mein Leben ohne Gestern“

„Lieber Matz, Dein Papa hat 'ne Meise“

Sebastian Schlösser wähnt sich als junger Theaterregisseur steil auf dem Weg nach oben, als eine bipolare Störung bei ihm ausbricht. Mal ergreift der Größenwahn Besitz von ihm: Dann stürzt er sich in Affären, Kauf- und Alkoholräusche, teilt die Welt ein in Profis und Amateure und will – lediglich bekleidet mit einem weißen Bademantel – mit Berlins Oberbürgermeister Wowereit über die Gestaltung der hauptstädtischen Theaterlandschaft reden. Mal stürzt er ab in depressive Phasen und ist plötzlich nicht mehr der sich selbst inszenierende Tausendsassa, sondern nur noch ein trauriges Häuflein Elend. In „Lieber Matz, Dein Papa hat 'ne Meise“ beschreibt Schlösser in Briefen an seinen Sohn, wie er durch die psychi-

sche Erkrankung immer mehr den Bezug zur Realität verliert und wie die „Meisendoktoren“ in der Psychiatrie ihm helfen, wieder zu sich selbst zu finden. Anders als der Titel suggeriert, bietet das Buch jedoch keine kindgerechte Aufklärung. Die Briefe an den Sohn sind zwar gewiss eine besondere Form der therapeutischen Aufarbeitung, die man durchaus als originell bezeichnen kann – jedoch eher als Lektüre für Jugendliche und Erwachsene zu empfehlen.

Ullstein, 240 Seiten, 18 Euro. UB



Herausforderung Demenz

Helga Rohra macht sich stark für die Rechte Betroffener

Helga Rohra hat eine Mission: Sie will, dass unsere Gesellschaft „demenzfreundlich“ wird. Um dazu beizutragen, ist sie selbst aus dem Schatten herausgetreten, schreibt Bücher, sitzt in Talkrunden, referiert auf Kongressen, vertritt engagiert die Sache der Menschen mit Demenz und setzt sich dabei sogar Anfeindungen aus. Es gibt Zeitgenossen, so erzählt sie, die bezweifeln, dass sie tatsächlich eine Demenz hat. Weil sie ja noch so souverän agiere. Nur Helga Rohra selbst und Menschen, die sie näher kennen, wissen, was sie alles nicht mehr kann. Und dass das immer mehr wird. Helga Rohra nutzt die Zeit und die Fähigkeiten, die ihr geblieben sind.

Demenz werde in unserer Gesellschaft in der Regel mit deren Endstadium, mit völligem Verwirrtsein und Hilflosigkeit gleichgesetzt, betont sie. Noch vorhandene Kompetenzen und Ressourcen der Betroffenen würden oft ignoriert. Was nicht selten dazu führe, dass diese wie Kinder behandelt würden und nicht wie erwachsene Menschen, die zwar manche Fähigkeit, nicht aber ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verloren hätten.

Helga Rohra, als freiberufliche Simultan-dolmetscherin tätig, ist noch nicht einmal Mitte 50, als bei ihr eine Lewy-Body-Demenz festgestellt wird. Mit seltsamen Symptomen hat sie sich in ihr Leben geschlichen: Die Münchnerin vergisst Wörter und anderes, findet aus dem Keller ihres Mietshauses nicht mehr den Weg in die Wohnung. Die Mutter eines Sohnes, der kurz vor dem Abitur steht, rutscht in eine Depression und kann schließlich ihrem Beruf nicht mehr nachgehen.

Aktivistin statt Opfer

Die Diagnose ist Schock und Erlösung zugleich: Endlich hat das, was ihr Leben so verändert, einen Namen. Helga Rohra findet einen Weg, wie sie mit der Erkrankung umgehen kann. Sie nimmt an Selbsthilfegruppen teil, engagiert sich in der Alzheimer Gesellschaft, in deren Münchner Vorstand sie gewählt wird, und kämpft mit Ämtern, Ärzten und Behörden darum, nicht als Abrechnungsziffer behandelt, sondern als Mensch mit Rechten gesehen zu werden. Ihr erstes Buch „Ich spreche für mich selbst“ schreibt sie noch unter dem Pseudonym Helen Merlin, weil sie fürchtet stigmatisiert zu werden. Aus dem Schatten tre-



ten, das sie mit Hilfe ihres Schreibassistenten Falko Piest verfasst hat, ist ihr zweites. Sein Titel ist Programm. Es ist ein spannender Erfahrungsbericht, der Betroffene stärken und die Gesellschaft für die spezielle Situation demenziell erkrankter Menschen und für deren Bedürfnisse sensibilisieren soll. Demenz, so die Autorin, ist eine Herausforderung, für jeden einzelnen Betroffenen, für Angehörige und für die ganze Gesellschaft. Helga Rohra hat sich dieser Herausforderung offensiv gestellt. Man kann viel von ihr lernen!

Ulrike Bauer

Helga Rohra, Aus dem Schatten treten, 133 S., Mabuse-Verlag, 16,90 Euro.

Impressum



Magazin des PARITÄTISCHEN

ISSN-1866-1718

Telefon: 0 30/2 46 36-0 · Fax: -110

Internet: www.der-paritaetische.de

E-Mail: nachrichten@paritaet.org

Verantwortlich: Dr. Ulrich Schneider

Redaktion:

Ulrike Bauer (UB), Tel.: 0172/6585424

Martin Wißkirchen, Tel.: 030/24636-311

Titelbilder: Bernd Schüler, Gisela Haberer,

Bernd Kleiner, Ulrike Bauer

Verantwortlich für die Landsseiten:

Berlin: Rita Schmid, Tel.: 030/86 00 1-0

Brandenburg: Irene Dause

Tel.: 0331/28497-0

Bremen: Anke Teebken, Tel.: 0421/79199-0

Hessen: Günter Woltering

Tel.: 069/95526220

Mecklenburg-Vorpommern:

Christina Hömke, Tel.: 0385/59221-0

Sachsen: Beate Hennig, Tel.: 0351/4916612

Thüringen: Stefan Werner,

Tel.: 036202/26-231.

Für Aufsätze und Berichte, die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin gekennzeichnet sind, trägt diese/r die Verantwortung. Die Redaktion behält sich Kürzungen von Leserbriefen vor. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Redaktionsschluss: 6 Wochen vor Erscheinen.

Erscheinungsweise: 6 x pro Jahr

Anschrift von Herausgeber, Redaktion,

Anzeigenverwaltung und Vertrieb:

Der Paritätische – Gesamtverband,
Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Bank für Sozialwirtschaft, Mainz,
Kto-Nr. 70 39 500 (BLZ 550 205 00)

Druck: Henrich Druck + Medien GmbH,
Schwanheimer Straße 110,
60528 Frankfurt am Main

ClimatePartner
**klimaneutral
gedruckt**

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.

Zertifikatsnummer:
738-10047-0212-1046
www.climatepartner.com



MIX
Aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016059

Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband feiert sein 100-jähriges Bestehen

Der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband wird 2012 runde 100 Jahre alt – ein Jubiläum, das entsprechend gefeiert wird. Zum bunten Veranstaltungsspektrum gehört das Louis Braille Festival der Begegnung 2012 im Berliner Tempodrom. Vom 1. bis 3. Juni 2012 gibt es Musik, Kunst und Kultur, Spiel, Sport und Spaß. Zu diesem Großereignis, das der DBSV mit dem Berliner Landesverein ABSV veranstaltet, erwartet er rund

2.000 blinde und sehbehinderte Menschen und viele andere Interessierte. Mehr Infos: www.dbsv-festival.de. Als Höhepunkt einer großen Tandem-Sternfahrt gibt es am 1. Juni einen Tandem-Korso durch Berlin. 100 Tandem-Teams wollen radelnd ein deutliches Signal für mehr Teilhabe und eine inklusive Gesellschaft setzen (www.tandemsternfahrt.de). Weitere Termine finden Interessierte auf www.dbsv.org.

„JA zum Alter“

Der zehnte Deutsche Seniorentag findet 2012 vom 3. bis 5. Mai in Hamburger Congress Center statt. Unter dem Motto „JA zum Alter!“ bieten insgesamt 100 Einzelveranstaltungen den Besucherinnen und Besuchern Informationen zu allen Fragen eines möglichst gesunden, aktiven und engagierten Älterwerdens. Nähere Infos: www.bagso.de.

KDA-Wettbewerb: „Wir im Quartier“

Das Kuratorium Deutsche Altershilfe (KDA) lobt anlässlich seines 50-jährigen Bestehens einen Wettbewerb zur Entwicklung von Quartieren aus. Das KDA möchte so das Thema „Quartiersentwicklung“ in die Altenpflegeausbildung hineinragen und Altenpflegeschülerinnen und -schüler dazu ermutigen, sich stärker damit auseinanderzusetzen.

Bei dem Wettbewerb „Wir im Quartier!“ sollen die Schülerinnen und

Trickfilmwettbewerb

Unter dem Motto „Trickreich in die Zukunft“ ruft das Deutsche Jugendherbergswerk zu einem Trickfilm-Wettbewerb auf. Das Themenspektrum reicht von „Natur“ über „Klima“ und „Gesundheit“ bis hin zu „Soziales“. Details erfahren Interessierte unter www.jugendherberge.de/de/jugendherbergen/aktion/trickfilm/.

Schüler Anlaufstellen und Angebote für ältere Menschen in deren Quartier, also ihrem Viertel, Kiez oder in der Gemeinde, ermitteln und bekannt machen. Prämiert werden die 20 besten Projekte von Schulklassen und Projektteams einer Fachschule oder eines Fachseminars für Altenpflege in Deutschland. Einsendeschluss ist der 31. Mai 2012. Nähere Informationen gibt es im Internet auf der Seite www.kda.de/wettbewerb-wir-im-quartier.html.

Fortbildung: Anti-Gewalt-Training für die Praxis

Eine berufsbegleitende Fortbildung im Anti-Gewalt-Training für die Praxis bietet die Landesakademie für Jugendbildung in Weil an der Stadt an.

Die Fortbildung vom Oktober 2012 bis Juli 2013 umfasst sechs dreitägige Kurseinheiten mit insgesamt 115 Unterrichtseinheiten. Zielgruppen sind pädagogische und sozialpädagogische Fachkräfte aus Jugendarbeit, ambu-

lanter und stationärer Jugendhilfe, Jugendgerichtshilfe, Bewährungshilfe und Schule sowie allen Tätigkeitsfeldern, die mit der Betreuung, Beratung und Erziehung gewaltbereiter Menschen befasst sind. Weitere Informationen gibt es bei Landesakademie für Jugendbildung, Postfach 1240, 71256 Weil der Stadt, Tel.: 07033/5269-0, E-Mail: info@jugendbildung.org.

„Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“

Vom 13. bis 15. September 2012 findet in Hamburg an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Universität Hamburg der 8. Bundeskongress Soziale Arbeit statt. Er steht unter dem Motto „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“. Themen sind: „Das Ökonomische vom Sozialen her denken“, „In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen“ und „Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren, Gemeinsames stärken“. Nähere Infos gibt es unter Tel.: 040/42875-7220, E-Mail: baerbel.bongartz@haw-hamburg.de.

Studienreisen der Paritätischen Bundesakademie

Die Paritätische Bundesakademie bietet 2012 wieder mehrere Studienreisen an. Nach Stockholm geht es vom 11. bis 15. Juni 2012 unter dem Motto „Integration und Vielfalt als gesellschaftliche Ressource“ (Nr. 031220).

Themenschwerpunkte sind unter anderem die frühe Förderung von Migrantenkindern, die Harmonisierung von staatlichen, kommunalen und pädagogischen Aspekten, der Anspruch auf Muttersprachenunterricht und Unterricht in Schwedisch als Zweitsprache sowie die interkulturelle Stadtteilarbeit.

Einen Einblick in die niederländische Arbeit mit Freiwilligen beziehungsweise Ehrenamtlichen im Pflegebereich erhalten Teilnehmende der Bildungsreise vom 24. bis 28. September 2012 (Nr. 041212).

Während einer Studienreise nach New York City besuchen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Projekte in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, die sich in ihren Konzepten auf eine sozialberufliche Empowerment-Praxis berufen. Diese Reise findet vom 29. September bis 7. Oktober 2012 statt (Nr.011201). Weitere Informationen erhalten Interessierte bei der Paritätischen Bundesakademie unter der Telefonnummer 030/24636440 oder per E-Mail an info@akademie.org.